

Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik 2012

**Eine kritische Bestandsaufnahme der
deutschen Entwicklungszusammenarbeit**

Wohin steuert die Entwicklungspolitik?

Zahlen und Fakten

Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik
Zwanzigster Bericht 2012 – Teil II

Wohin steuert die Entwicklungspolitik?
Zahlen und Fakten

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
terre des hommes Deutschland e.V.

Redaktion: Birgit Dederichs-Bain,
Wolf-Christian Ramm

Autoren: Jens Martens,
Global Policy Forum Europe,

Gestaltung: MediaCompany GmbH,
Büro Bonn

Druck: DCM Meckenheim
1. Auflage 2.500, November 2012

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2012
Diese Broschüre wurde auf
100 % Recycling-Papier gedruckt

ISBN 978-3-941553-14-9

WHH-Lager-Nr. 460-3023/4
terre des hommes Bestell-Nr.: 302.1273.21

Vorwort

Highlights – auf einen Blick	6
1. Anspruch und Wirklichkeit deutscher Entwicklungspolitik:	
Zahlen und Fakten	8
Fortgesetzte Suche nach neuen Konzepten	8
Realer Rückgang der ODA	9
Der BMZ-Etat 2013: Stagnation auf ganzer Linie	11
Wohin fließen die deutschen EZ-Mittel? Sektorale und regionale Trends	12
Die Tücken des Emissionshandels: Trübe Aussichten für die Klimafinanzierung.	13
Der Boom der Mischfinanzierung – Verwirklichung des 0,7-Prozentziels auf Pump? ...	14
2. Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen	17
Literatur	21
Abkürzungsverzeichnis	23
Tabellenanhang	24
Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik – die bisherigen Berichte	34

Grafiken, Textkästen und Tabellen

Grafiken

- 1. ODA-Quote der DAC-Länder 2011 10
- 2. Zuwachsraten des BMZ-Etats (2003-2013) 11

Textkästen

- 1. AATIF - Joint Venture von BMZ und Deutscher Bank 15

Tabellen

- 1. Der Finanzplan für den BMZ-Etat 2011-2016 12
- 2. Ausgaben für den internationalen Klima- und Umweltschutz aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ 13

Tabellenanhang

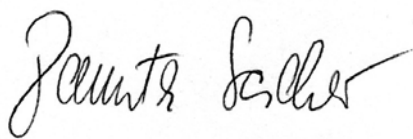
- 1. Grunddaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 24
- 2. Öffentliche EZ (ODA) aller DAC-Länder 25
- 3. Sektorale Aufteilung der bilateralen deutschen EZ 26
- 4. Regionale Aufteilung der bilateralen deutschen EZ 27
- 5. Bilaterale FZ und TZ an die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder (LDC) 28
- 6. Förderung der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Wirtschaft aus dem Einzelplan 23 29
- 7. Akzentsetzungen in der deutschen Entwicklungspolitik 1991-2012..... 30
- 8. Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 32
- 9. Die Hauptempfängerländer deutscher bilateraler EZ, Rahmenplanung 2013..... 32
- 10. Woher kommt die deutsche ODA? 33

In diesem Jahr veröffentlichen Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland den 20. Bericht „Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik“. Dieser jährliche Bericht erscheint seit 1993 und versteht sich als kritische Analyse der Entwicklungspolitik der Bundesregierung.

In diesem Jahr erscheint der Bericht erstmals in zwei Teilen. Da die Publikation sich als Schattenbericht zum Bericht des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD versteht, wurde die mit dem ersten Berichtsteil vorgelegte Analyse der **qualitativen Aspekte** deutscher öffentlicher Leistungen in zeitlicher Nähe zur Bekanntgabe der DAC-Zahlen im April 2012 veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Analyse der **quantitativen Aspekte** erfolgt nun im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts am 22. November 2012 in einem zweiten Berichtsteil.

Während der erste Berichtsteil die neuen entwicklungspolitischen Konzepte der Bundesregierung analysierte, leitet dieser Berichtsteil aus der Analyse des Bundeshaushalts und der mittelfristigen Finanzplanung Schlussfolgerungen und entwicklungspolitische Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung ab. Ein besonderes Augenmerk wird auf die diversen Formen der Mischfinanzierung, der Kombination von Krediten und Zuschüssen, ihrer Anrechenbarkeit auf die öffentlichen Entwicklungsleistungen / ODA und die möglichen negativen Folgen für arme Länder gelegt.

Bonn / Osnabrück, im Oktober 2012



Danuta Sacher
Vorstandsvorsitzende
terre des hommes Deutschland e.V.



Dr. Wolfgang Jamann
Generalsekretär
Vorstandsvorsitzender der Welthungerhilfe

Auf einen Blick

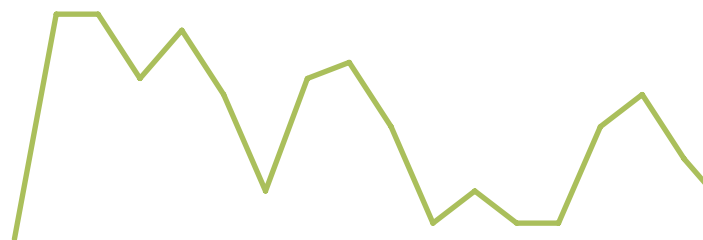
- **Realer Rückgang der weltweiten ODA.** Die öffentliche Entwicklungshilfe der 23 Geberländer, die im Entwicklungshilfeausschuss der OECD zusammengeschlossen sind, lag 2011 bei 133,5 Milliarden US-Dollar. Sie war damit zwar rund 5 Milliarden US-Dollar höher als im Vorjahr (128,5 Milliarden US-Dollar), preis- und wechselkursbereinigt sank sie jedoch – erstmals seit 15 Jahren – um 2,7 Prozent. Die deutsche ODA erhöhte sich um rund 650 Millionen Euro von 9,80 auf 10,45 Milliarden Euro (2011). Von diesem Anstieg erklären sich allerdings nur 51 Millionen Euro durch den Anstieg des BMZ-Etats zwischen 2010 und 2011. Die restlichen rund 600 Millionen sind überwiegend auf die verstärkte Nutzung von Krediten zu Marktkonditionen zurückzuführen. Durch die geschickte Koppelung mit BMZ-Mitteln können diese zu hundert Prozent auf die ODA angerechnet werden. Sie reduzieren die ODA allerdings wieder, sobald die Kredite zurückgezahlt werden.

- **Der BMZ-Etat 2013: Stagnation auf ganzer Linie.** Im Jahr 2013 soll Der Haushalt des Bundesentwicklungsministeriums 6,420 Milliarden Euro betragen. Das sind lediglich 37 Millionen Euro mehr als 2012. Mit 0,6 Prozent verzeichnet das BMZ den niedrigsten Anstieg seines Etats seit 2005. Inflationbereinigt sinken damit 2013 die EZ-Mittel. In den vier Haushaltsjahren, die die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten hat (2010-2013), ist das Budget des BMZ insgesamt nur um 7,4 Prozent gestiegen. In den vier Jahren davor betrug der Zuwachs 38,8 Prozent. Nach dem mittelfristigen Finanzplan des Bundes soll der BMZ-Etat 2014 sogar um rund 400 Millionen Euro sinken und auf diesem Niveau bis 2016 eingefroren werden.

- **Die Tücken des Emissionshandels.** Der Handel mit CO₂-Emissionsberechtigungen birgt grundsätzlich ein enormes Einnahmepotential. Für die dritte Handelsperiode 2013-2020 rechnet die Bundesregierung mit jährlichen Einnahmen in mehrstelliger Milliardenhöhe. Ein zentrales Problem besteht allerdings in den massiven Preisschwankungen an den Märkten für Emissionszertifikate. Der Preis für ein Zertifikat (entspricht einer Tonne CO₂) ist vom bisherigen Allzeithoch von knapp 30 Euro 2008 im ersten Halbjahr 2012 auf 7,30 Euro

abgestürzt, vor allem bedingt durch das Überangebot von Zertifikaten auf dem Markt. Als Folge musste die Bundesregierung sowohl die erwarteten Einnahmen als auch die geplanten Ausgaben deutlich nach unten korrigieren. Dies betrifft auch den Anteil, der für den internationalen Klima- und Umweltschutz verwendet wird. Zudem soll entgegen den Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, mindestens 50 Prozent der Versteigerungserlöse für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verwenden, dieser Anteil bei unter 20 Prozent liegen und nach 2014 sogar sinken. Dieser Trend steht im Gegensatz zur Verpflichtung Deutschlands, einen fairen und bis 2020 kontinuierlich steigenden Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu leisten.

- **Boom der Mischfinanzierung gefährdet Armutsorientierung.** Seit dem Regierungswechsel 2009 nutzt das BMZ in wachsendem Umfang unterschiedliche Formen der Mischfinanzierung. Darunter ist vor allem die Koppelung von Haushaltsmitteln des BMZ und Krediten zu Marktkonditionen der KfW Entwicklungsbank zu verstehen. Besonders beliebt ist das Instrument der Zinssubventionierten Darlehen: Bei diesem Instrument erhält die Regierung des jeweiligen Kooperationslandes einen Kredit aus KfW-Marktmitteln, dessen Zinssatz durch BMZ-Zuschüsse soweit unter das Marktniveau gesenkt wird, dass der gesamte Kredit als ODA anrechenbar ist. Insgesamt hat das BMZ für 2013 Zuschüsse für Zinssubventionen in Höhe von 380 Millionen Euro eingeplant. Dies kann zu einem Gesamtzusagevolumen von etwa 2,4 Milliarden Euro führen, das vollständig ODA-anrechenbar ist.



Die zunehmende Mischung von Haushaltsmitteln des BMZ mit Geldern privater Kapitalgeber eröffnet aber keineswegs nur die vom BMZ betonten Chancen. Sie ist vielmehr mit einer Reihe gravierender Risiken und Nebenwirkungen verbunden.

- **Schwerpunktverlagerung aus „unrentablen“ Sektoren:** Mischfinanzierung ist in erster Linie für Investitionsvorhaben im Infrastrukturbereich gedacht, die auf die Dauer profitabel sind. Bei stagnierendem BMZ-Etat und gleichzeitiger Aufstockung der Haushaltsmittel für die Mischfinanzierung kann dies zu einem Abzug von Mitteln aus „unrentablen“ Sektoren führen.
- **Reduzierung der Mittel für die armen Länder:** Mischfinanzierung ist laut BMZ ein Instrument für Schwellen- und Transformationsländer sowie „fortgeschrittenere Entwicklungsländer“. Zu befürchten ist daher, dass angesichts der Möglichkeit zur ODA-Quotensteigerung in den kommenden Jahren die Mittel auf Länder konzentriert werden, die für Mischfinanzierungsvorhaben geeignet sind, und der Finanzierungsspielraum zur Unterstützung der ärmsten Länder schrumpft.
- **Erhöhung von Auslandsverschuldung und Exportabhängigkeit:** Jedes Darlehen ausländischer Gläubiger erhöht die Auslandsverschuldung und damit den Zwang, Devisen zu erwirtschaften. Selbst profitable Investitionsvorhaben, etwa zum Aufbau eines öffentlichen Nahverkehrssystems, erwirtschaften aber nicht automatisch ausländische Devisen. Dies ist nur möglich, wenn verstärkt für den Export produziert wird. Dies erhöht die Exportabhängigkeit und kann den Aufbau einheimischer Märkte konterkarieren.
- **Schwächung inländischer Kapitalmärkte:** Die Zinssubventionierung von Darlehen bringt der KfW auf den internationalen Kapitalmärkten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Finanzinstituten, die über diese Privilegien nicht verfügen. Für inländische Kreditinstitute bestehen damit ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Dies kann die Entwicklung eines funktionsfähigen inländischen Kapitalmarkts behindern.
- **Strohfeuereffekt für die ODA:** Durch die Hebelwirkung der Mischfinanzierung können die ODA-anrechenbaren Mittel kurzfristig massiv gesteigert werden. Sobald die Kredite getilgt werden, werden die rückgezahlten Beträge jedoch wieder von der ODA abgezogen. Langfristig brechen die ODA-Zahlen und die ODA-Quote wieder ein, sofern die Rückzahlungen nicht permanent durch Neukredite kompensiert werden. Aus diesem Grund ist denkbar, dass Deutschland bis 2015 das 0,7-Prozentziel „auf Pump“ erreicht, aber die Finanzblase platzt, sobald die Tilgungsperioden einsetzen.

Anspruch und Wirklichkeit deutscher Entwicklungspolitik: Zahlen und Fakten

Fortgesetzte Suche nach neuen Konzepten

Der erste Teil des diesjährigen Berichts zur „Wirklichkeit der Entwicklungspolitik“ befasste sich mit den veränderten Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit. Er machte dabei auf eine Reihe ökonomischer, sozialer und ökologischer „Megatrends“ aufmerksam, die die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger nachhaltig beeinflussen. Dazu zählen unter anderem:

- Tiefgreifende Verschiebungen in den ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen der Staaten
- Die zunehmende (ökonomische) Ausdifferenzierung der Länder des Südens
- Wachsende soziale Disparitäten innerhalb vieler Länder
- Verschärfte ökologische Risiken

Die Suche nach politischen Antworten auf diese Herausforderungen hat sich in den vergangenen Monaten in verschiedenen internationalen Foren fortgesetzt:

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung („Rio+20“) verabschiedeten die Regierungen ein umfangreiches Ergebnisdokument, das seinem ambitionierten Titel „Die Zukunft, die wir wollen“ allerdings nicht gerecht wird.¹ Auf 60 Seiten bekräftigen sie darin die

Nachhaltigkeitsprinzipien des ersten Erdgipfels von Rio 1992, setzen sich mit dem kontroversen Konzept der *Green Economy* auseinander, formulieren halbherzige Reformen der UN-Institutionen im Bereich nachhaltiger Entwicklung

und skizzieren den Prozess hin zu universellen Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDGs*). Insgesamt liefern die Beschlüsse nach Einschätzung der meisten zivil-

gesellschaftlichen Organisationen jedoch eine völlig unzureichende Antwort auf die globalen Krisen. Sie setzen aber immerhin eine Reihe von Prozessen in Gang, in denen der Diskurs über neue Wohlstandsmodelle, Entwicklungskonzepte und Finanzierungsalternativen auf globaler Ebene fortgesetzt und intensiviert werden kann.

So richtete die UN-Generalversammlung infolge der Rio+20-Konferenz eine Arbeitsgruppe aus 30 Regierungsvertreter/innen ein, die bis zur 68. Tagung der Generalversammlung, die im September 2013 beginnt, einen Vorschlag für ein Set globaler Nachhaltigkeitsziele vorlegen soll.

Bereits Ende Juli 2012 berief der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ein hochrangiges Panel, das bis Mitte 2013 einen Bericht zur Post-2015-Entwicklungsagenda ausarbeiten soll. Das Panel wird geleitet von den Präsidenten Indonesiens, Susilo Bambang Yudhoyono, und Liberias, Ellen Johnson Sirleaf, sowie dem britischen Premier David Cameron. Als deutscher Vertreter gehört ihm der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler an.

Einen Schritt weiter ist inzwischen die Globale Partnerschaft für Wirksame Entwicklungszusammenarbeit (*Global Partnership for Effective Development Cooperation*).² Sie entstand im Juni 2012 als Ergebnis des 4. Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (29.11. bis 1.12.2011, Busan) und soll sich um die Umsetzung seiner Beschlüsse kümmern.³ Ob die Globale Partnerschaft zum zentralen Forum der entwicklungspolitischen Auseinandersetzung wird, in dem auch Länder wie China und Brasilien aktiv mitarbeiten, ist weiterhin ungewiss.

Grundsätzlich präferieren die in der G-77 zusammenarbeitenden Länder des Südens weiterhin eher die Vereinten Nationen als Ort der Auseinandersetzung über Entwicklungspolitik und -finanzierung. Auf ihre Initiative geht auch der Beschluss der Rio+20-Konferenz zurück, eine 30-köpfige Expertengruppe einzusetzen, die Optionen für eine

Rio+20: unzureichende Antwort auf die globalen Krisen

1 Vgl. UN Dok. A/RES/66/288 vom 11. September 2012.

2 Vgl. dazu terre des hommes/Welthungerhilfe (2012), S. 14ff.

3 Vgl. www.aideffectiveness.org/busanhlf4/about/global-partnership.html.

zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (*Sustainable Development Financing Strategy*) formulieren soll. Bis 2014 soll sie einen Bericht vorlegen, in dem sie den künftigen Finanzbedarf abschätzt, die gegenwärtigen Finanzierungsinstrumente bewertet und potentielle neue Initiativen prüft. Dies bietet die Gelegenheit, das System der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in einem Gremium auf den Prüfstand zu stellen, das nicht von den klassischen Geberländern dominiert wird.

Auch die deutsche Entwicklungspolitik befasst sich verstärkt mit der Zukunft der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung (ODA). Verbal steht die Bundesregierung zwar weiterhin zu den ODA-Verpflichtungen, die sie im Rahmen der EU eingegangen ist. Bundesentwicklungsminister Niebel beteuerte noch im September 2012:

*„Ich bin der Bundeskanzlerin dankbar, dass sie öffentlich erklärt hat, an dem Ziel festzuhalten, bis 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen.“*⁴

Angesichts der bisherigen Zahlen (s. den folgenden Abschnitt) und ihrer mittelfristigen Finanzplanung wird die jetzige Bundesregierung dieses Ziel aber meilenweit verfehlen – es sei denn sie koppelt die Mittel des BMZ-Etats in weitaus größerem Umfang als bisher mit privaten Marktmitteln (s. unten). Angesichts dieser Situation richtet das BMZ sein Augenmerk mehr und mehr auf Alternativen zum traditionellen ODA-Konzept. Bundesentwicklungsminister Niebel fordert:

*„Zugleich müssen wir für die Zeit nach 2015 über neue Ziel- und Anreizsysteme nachdenken, auch über Nachfolgeziele für die dann auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele. Das gegenwärtige ODA-Erfassungssystem setzt vor allem auf Quantität und benachteiligt eine Reihe wertvoller entwicklungspolitischer Instrumente. Wir müssen mehr auf Qualität, auf die Entwicklungsrelevanz einer Leistung abstellen.“*⁵

Zu diesem Zweck gab das BMZ gemeinsam mit dem holländischen Außenministerium bereits im September 2011 zwei Studien in Auftrag, die sich mit der Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die ODA und der Machbarkeit eines Index der Ent-

wicklungsfreundlichkeit bzw. der entwicklungspolitischen Kohärenz befassen sollten.⁶ Die vom European Centre for Development Policy Management (ECDPM) durchgeführten Studien dämpfen allerdings in beiden Bereichen Hoffnungen auf rasche Fortschritte. So heißt es darin:

*„(...) a coherence index can only be successfully realised if there is sufficient political will and a genuine interest among countries to be compared. The findings further indicate that while many countries are anticipated to be receptive to the idea to compare the development impacts of non-aid policies, with some considering it inevitable in the long-run, presently there seems to be insufficient political support for an internationally recognised and institutionalised approach.“*⁷

Mit Blick auf künftige Maße der Entwicklungsfinanzierung stellen die Autoren zwar fest, dass das gegenwärtige Input-basierte System der ODA-Erfassung nicht mehr zeitgemäß ist. Zugleich schränken sie aber ein:

*„(...) a debate on changing the ODA definition during the next few years appears not to be politically desirable. (...) A lack of commonality in the interests of development partners as far as modernising reporting on development is concerned, complicates changes given the current consensus-based governance system.“*⁸

Es bleibt abzuwarten, welche Schlussfolgerungen das BMZ aus den Studien zieht. In jedem Fall entbindet die weiterhin notwendige Beschäftigung mit Alternativen zur ODA als dem klassischen Maß der Hilfe und mit neuen Maßen für entwicklungspolitische Kohärenz die Bundesregierung nicht von ihren bestehenden ODA-Verpflichtungen.

Realer Rückgang der ODA

Die wirtschaftliche Rezession in einigen europäischen Ländern hat gravierende Folgen für die öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Nach den im April 2012 veröffentlichten Zahlen der OECD ist die griechische Entwicklungshilfe 2011 um 39,3 Prozent gesunken, die ODA Spaniens um 32,7 Prozent. Insgesamt betrug die öffentliche Entwicklungshilfe der 23 Geberländer, die im Ent-

4 BMZ-Pressmeldung vom 19.9.2012 (www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2012/september/20120918_pm_218_canfin/index.html).

5 Ebd.

6 Welthungerhilfe und terre des hommes hatten in ihrem letztjährigen Bericht die Bundesregierung aufgefordert, die Entwicklung eines Kohärenz-Index zu fördern, vgl. terre des hommes/Welthungerhilfe (2011), S. 43.

7 King et al. (2012a), S. 48.

8 Vanheukelom et al. (2012), S. 43.

wicklungshilfeausschuss der OECD (Development Assistance Committee, DAC) zusammengeschlossen sind, 2011 133,5 Milliarden US-Dollar. Sie war damit zwar rund 5 Milliarden US-Dollar höher als im Vorjahr (128,5 Milliarden US-Dollar), preis- und wechselkursbereinigt sank sie jedoch – erstmals seit 15 Jahren – um 2,7 Prozent.⁹ Die Mittel für die ärmsten Länder (Least Developed Countries, LDCs) gingen sogar real um 8,9 Prozent zurück. Auch die ODA-Quote, d.h. der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen (BNE), lag mit 0,31 Prozent um 0,01 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres (0,32 Prozent). Damit hat sich die Gebergemeinschaft vom für das Jahr 2015 anvisierten 0,7-Prozentziel weiter entfernt. Dieses Ziel haben 2011 wie schon in den Vorjahren nur fünf Länder erfüllt: Schweden, Norwegen, Luxemburg, Dänemark und die Niederlande (s. Grafik 1).

Bemerkenswert ist der fortgesetzte Anstieg der Entwicklungsfinanzierung Südkoreas, das mit 1,3 Milliarden US-Dollar nun mehr Mittel zur Verfügung stellt als beispielsweise Österreich (vgl. Ta-

belle 2 im Anhang). Auch die Türkei verzeichnete einen erheblichen Anstieg ihrer ODA um 38,2 Prozent auf ebenfalls 1,3 Milliarden US-Dollar. Da sie nicht Mitglied des DAC ist, wird dieser Betrag allerdings nicht in der ODA-Statistik berücksichtigt – ebenso wenig wie die öffentliche Entwicklungsfinanzierung von Ländern wie China, Brasilien, Indien oder Saudi Arabien.

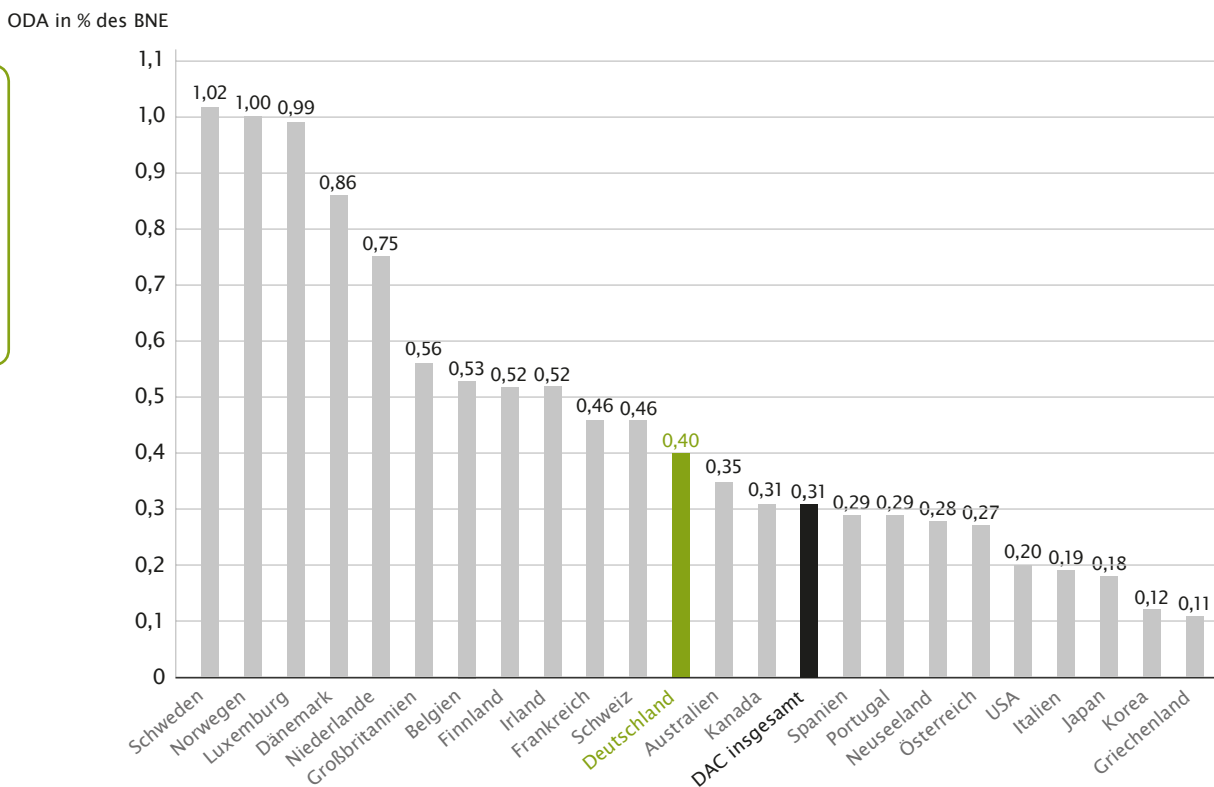
Die deutsche ODA war entgegen dem allgemeinen Trend zwischen 2010 und 2011 um 11,9 Prozent von 12,99 Milliarden US-Dollar auf 14,53 Milliarden US-Dollar gestiegen. Der preis- und wechselkursbereinigte Anstieg betrug laut OECD allerdings nur 5,9 Prozent. In absoluten Zahlen war Deutschland 2011 der zweitgrößte Geber; gemessen an seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit lag Deutschland mit einer ODA-Quote von 0,40 aber nur im Mittelfeld und damit weiterhin hinter Ländern wie Frankreich und Großbritannien.

In Euro erhöhte sich die deutsche ODA um rund 650 Millionen Euro von 9,80 auf 10,45 Milliarden Euro (2011). Von diesem Anstieg erklären sich allerdings nur 51 Millionen Euro durch den Anstieg

9 Vgl. hierzu und zum Folgenden OECD-Pressemitteilung vom 4. April 2012.

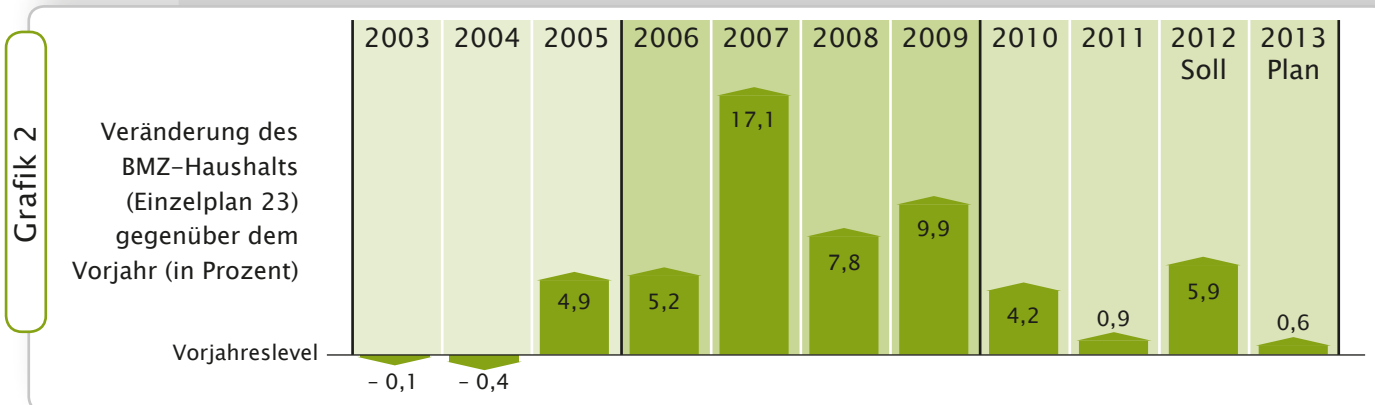
ODA-Quote der DAC-Länder 2011

Grafik 1



Quelle: OECD Pressemitteilung 4. April 2012

Zuwachsraten des BMZ-Etats (2003-2013)



des BMZ-Etats zwischen 2010 und 2011 (vgl. Tabelle 1 im Anhang). Die restlichen rund 600 Millionen sind vermutlich überwiegend auf die verstärkte Nutzung von Marktmitteln (Krediten zu Marktkonditionen) zurückzuführen. Durch die geschickte Koppelung mit BMZ-Mitteln können diese zu hundert Prozent auf die ODA angerechnet werden (mehr dazu unten).

Der BMZ-Etat 2013: Stagnation auf ganzer Linie

Der Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in der Politik der Bundesregierung spiegelt sich am deutlichsten im Etat des BMZ wider. Wie viel ist der Bundesregierung die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Förderung der Menschenrechte und die wirtschaftliche Entwicklung der Länder des Südens wert? Im Jahr 2013 sollen es nach dem Haushaltsplan der Bundesregierung 6,420 Milliarden Euro sein. Das sind lediglich 37 Millionen Euro mehr als 2012 (vgl. Tabelle 1 im Anhang).¹⁰

Mit 0,6 Prozent verzeichnet das BMZ den niedrigsten Anstieg seines Etats seit 2005 (vgl. Grafik 2). Inflationsbereinigt sinken damit 2013 die EZ-Mittel. Sie würden sogar nominal sinken, wenn nicht Erstattungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) aus den Mehrerlösen aus Goldverkäufen seit 2011 im BMZ-Etat verbucht würden. Für 2013 sind

dafür 127,08 Millionen Euro eingeplant.¹¹ In den vier Haushaltsjahren, die die schwarz-gelbe Bundesregierung zu verantworten hat (2010-2013), ist das Budget des BMZ um insgesamt 7,4 Prozent gestiegen. In den vier Jahren davor betrug der Zuwachs unter der Ägide der großen Koalition 38,8 Prozent. Der Anteil des BMZ-Etats am Bundeshaushalt hat sich seitdem leicht erhöht. Den Tiefstand hatte er 2003 zu Zeiten der rot-grünen Koalition unter Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel mit 1,46 Prozent erreicht. Im Jahr 2013 soll der Anteil bei 2,12 Prozent liegen (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Der überwiegende Teil des ohnehin mageren Zuwachses im BMZ-Etat entfällt 2013 auf den Verwaltungshaushalt und die Versorgungsausgaben (insgesamt + 24 Millionen Euro). Der Programmhaushalt erhält demgegenüber lediglich 13 Millionen Euro mehr. Der Verwaltungshaushalt des BMZ wächst damit innerhalb von nur zwei Jahren um 67 Prozent (von 57 Millionen Euro 2011 auf 95 Millionen Euro 2013). Grund ist vor allem die Aufstockung des BMZ-Personals um 170 Planstellen (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Das zusätzliche Personal des BMZ wird allerdings nach den Plänen der Bundesregierung in den kommenden Jahren weniger Mittel zu verwalten haben. Nach dem aktualisierten Finanzplan des Bundes für die Jahre bis 2016 soll der BMZ-Etat 2014 um rund 400 Millionen Euro sinken und auf diesem Niveau eingefroren werden (vgl. Tabelle 1). Er soll damit noch im Jahr 2016 unter dem Budget von 2011 liegen.

¹⁰ Durch die Übertragung der gesamten Zuständigkeit für die humanitäre Hilfe einschließlich der Nahrungsmittelnothilfe auf das Auswärtige Amt (AA) werden im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 80 Millionen Euro (netto) vom BMZ auf das AA übertragen. Auf der anderen Seite werden die Beiträge an UNICEF (6,5 Millionen Euro) ab 2013 nicht mehr im Etat des AA, sondern des BMZ verbucht.

¹¹ Im Entwurf zum Bundeshaushalt 2013 heißt es dazu erläuternd: „Entsprechend des Beschlusses auf dem G20-Gipfel vom 2. April 2009 sollen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) die wegen des gestiegenen Goldpreises erzielbaren zusätzlichen Erträge aus Goldverkäufen für Kreditfazilitäten von Entwicklungsländern verwendet werden. Die zusätzlichen Erträge, die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen, erhöhen den von der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt abzuführenden Gewinn. Dieser Betrag wird an den IWF zur Verwendung für Kreditfazilitäten von Entwicklungsländern zurück überwiesen.“ (BMF (2012), Einzelplan 23, Titel 687 07).

Derartige Pläne haben negative Signalwirkung, kommen aber nicht überraschend. Denn auch in diesem und im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung im Zuge ihrer Sparmaßnahmen drastische Kürzungen im BMZ-Etat vorgesehen. Sie wurden im Zuge der regierungsinternen Haushaltsverhandlungen verhindert und auf das Folgejahr verschoben. Werden die nun geplanten Kürzungen 2014 wiederum nicht realisiert (was zu hoffen ist), kann die Bundesregierung selbst ein Null-Wachstum des BMZ-Etats als Zuwachs „gegenüber dem bisher geltenden Finanzplan“ verkaufen und der Entwicklungsminister einen entsprechenden Verhandlungserfolg gegenüber dem Finanzminister für sich reklamieren.

Der Finanzplan für den BMZ-Etat 2011–2016
(in Millionen Euro)

Tabelle 1

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Ist	Soll	Entwurf			
	6.025,6	6.382,9	6.420,4	6.018,1	6.018,1	6.018,1

Quelle: BMZ (2012a)

Wohin fließen die deutschen EZ-Mittel? Sektorale und regionale Trends

In der regionalen und sektoralen Verteilung der deutschen EZ-Mittel sind 2013 keine signifikanten Veränderungen zu erwarten. Hauptempfängerland wird wie in den Vorjahren Afghanistan sein, das 240 Millionen Euro erhalten soll (vgl. Tabelle 9 im Anhang). Zusätzlich sind im Etat des Auswärtigen Amtes 180,7 Millionen Euro für Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan vorgesehen.

Die Länder Afrikas sollen nach der Rahmenplanung des BMZ 2013 knapp 50 Prozent der bilateralen Finanzausgaben erhalten (vgl. Tabelle 4 im Anhang). Der Anteil bleibt im Vergleich zu 2012 unverändert. Die höchsten Zusagen sind in dieser Region für die Demokratische Republik Kongo (67 Millionen Euro) und für Kenia (178,5 Millionen Euro für einen Dreijahreszeitraum) eingeplant.

Im Jahr 2012 waren 37 Prozent des regional aufteilbaren Zusagerahmens für die ärmsten Länder (LDCs) vorgesehen (vgl. Tabelle 5).

Das BMZ hat in diesem Jahr zwar die Zahl seiner offiziellen Partnerländer auf 50 reduziert (vgl. Tabelle 8 im Anhang), aber auch mit Ländern, die nicht auf der Liste stehen, werden weiterhin zum Teil umfassende Kooperationsprojekte durchgeführt. Das gilt zum Beispiel für Tunesien, das 2013 45 Millionen Euro für Vorhaben zu Förderung der Solarenergie und Energieeffizienz, des Industriezonenmanagements, des Wasserressourcenmanagements sowie der Landwirtschaft erhalten soll.

Auch an der sektoralen Aufteilung der bilateralen BMZ-Mittel wird sich 2013 relativ wenig ändern. Das BMZ spricht zwar von einer „sichtbaren Konzentration“ der deutschen EZ auf Handlungsbereiche, „in denen die deutsche FZ und TZ im Geberkreis klare komparative Vorteile hat“;¹² die tatsächlichen Zahlen spiegeln aber eine solche Konzentration nicht wider. Wie in den Vorjahren soll ein Großteil der Mittelzusagen auf die Schwerpunkte Umweltpolitik/Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (16,1 Prozent), nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (13,5 Prozent) sowie Trinkwasser, Wassermanagement, Abwasser- und Abfallentsorgung (12,9 Prozent) entfallen. Auffällig ist lediglich, dass der Anteil der geplanten Mittel für den Schwerpunkt Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung gegenüber 2012 deutlich schrumpft.

Aktivitäten des Klima- und Umweltschutzes nehmen innerhalb der Arbeit des BMZ einen immer größeren Raum ein. Insgesamt sind für diesen Bereich 2013 Haushaltsmittel in Höhe von mindestens 1,135 Milliarden Euro vorgesehen.¹³ Durch die Koppelung mit KfW-Krediten zu Marktkonditionen sowie zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ ist das Finanzvolumen zur Unterstützung umweltrelevanter Vorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern sogar noch wesentlich größer. Angesichts der drohenden Klimaveränderungen und des ungebremsten Artensterbens sind größere öffentliche Investitionen in den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel dringend erforderlich. Solange die Haushaltsmittel des BMZ aber nahezu stagnieren, muss der Zuwachs in diesem Bereich zwangsläufig Kürzungen in anderen Aufgabenfeldern zur Folge haben. Ihre Verpflichtung, tatsächlich zusätzliche Mittel für den Klimaschutz bereitzustellen, kann die Bundesregierung nur erfüllen, wenn sie den BMZ-Etat entsprechend aufstockt.

Die Mittel dafür könnten unter anderem aus den Einnahmen der geplanten Finanztransaktionssteu-

¹² BMZ (2012b), S. 17.

¹³ Vgl. BMZ (2012b), S. 4.

er kommen. Die Bundesregierung hat in ihrer mittelfristigen Finanzplanung ab 2014 Einnahmen aus dieser Steuer in Höhe von 2 Milliarden Euro pro Jahr vorgesehen.¹⁴ Daneben könnten bereits im kommenden Jahr zusätzliche Mittel aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ für internationale Aufgaben verwendet werden.

Die Tücken des Emissionshandels: Trübe Aussichten für die Klimafinanzierung

Der Handel mit CO₂-Emissionsberechtigungen, der in Deutschland seit 2008 besteht, birgt grundsätzlich ein enormes Einnahmepotential. Dies gilt insbesondere für die dritte Handelsperiode 2013-2020, für die die Bundesregierung mit jährlichen Einnahmen in mehrstelliger Milliardenhöhe rechnet. Die Einnahmen fließen in das eigens zu diesem Zweck eingerichtete Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ außerhalb des eigentlichen Bundeshaushalts. Aus ihm können auch Vorhaben des internationalen Klima- und Umweltschutzes finanziert werden.

Die bisherigen Erfahrungen haben aber die Tücken dieses marktbasierenden Instruments der Klimafinanzierung deutlich gemacht. Ein zentrales Problem besteht in den massiven Preisschwankungen an den Märkten für Emissionszertifikate, die eine längerfristige Prognostizierbarkeit der Einnahmen erheblich erschweren. Der Preis für ein Zertifikat (entspricht einer Tonne CO₂) hatte 2008 sein bisheriges Allzeithoch von knapp 30 Euro erreicht und ist danach infolge der

globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dramatisch eingebrochen. 2009 betrug der Durchschnittspreis 13,22 Euro, 2010 14,36 Euro und 2011 13,81 Euro. Im ersten Halbjahr 2012 war der Durchschnittspreis auf 7,30 Euro abgestürzt.¹⁵ Aus diesem Grund musste die Bundesregierung die erwarteten Einnahmen gegenüber den Planungen 2011, die noch auf einem Preis von 17 Euro pro Tonne CO₂ basierten, deutlich nach unten korrigieren (vgl. Tabelle 2).¹⁶

Spiegelbildlich hat sie auch die geplanten Ausgaben, und damit auch die Mittel für den internationalen Klima- und Umweltschutz, erheblich reduziert.

Zudem soll entgegen den Forderungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, mindestens 50 Prozent der Versteigerungserlöse für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu verwenden, dieser Anteil maximal bei 18,3 Prozent liegen und nach 2014 sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ zu den Einnahmen sogar sinken. Dieser Trend steht im Gegensatz zur Verpflichtung Deutschlands, einen fairen und bis 2020 kontinuierlich steigenden Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu leisten.¹⁷

Massiver Preissturz im Emissionshandel reduziert Mittel für Klimaschutz

14 Vgl. BMF (2012), S. 21.

15 Vgl. dazu Deutsche Emissionshandelsstelle (2012), S. 14 und 46ff.

16 Die jetzigen Planungszahlen basieren allerdings noch immer auf Preisprognosen, die deutlich über dem gegenwärtigen Marktpreis für CO₂-Zertifikate liegen.

17 Vgl. dazu auch Oxfam Deutschland (2012).

Ausgaben für den internationalen Klima- und Umweltschutz aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

Tabelle 2

		in Mio. Euro				
		2012	2013	2014	2015	2016
		Soll	Finanzplan			
Einnahmen aus dem CO ₂ -Emissionshandel	780	2.180 (3.330)	2.400 (3.270)	2.500 (3.220)	2.600	
Prognostizierter Preis pro Tonne CO ₂		10,0	11,2	11,8	12,4	
Ausgaben für internationalen Klima- und Umweltschutz u.ä.	55,5	394,0 (492,5)	439,6 (628,0)	335,0 (478,0)	335,0	
in Prozent der Gesamtausgaben	7,1	18,1	18,3	13,4	12,9	

Quelle: BMF (2012), Anlage 20. In Klammern die im Vorjahr geplanten Werte, vgl. BMF (2011), Anlage 20.

Der Boom der Mischfinanzierung – Verwirklichung des 0,7-Prozentziels auf Pump?

Seit dem Regierungswechsel 2009 nutzt das BMZ in wachsendem Umfang unterschiedliche Formen der Mischfinanzierung. Darunter ist vor allem die Koppelung von Haushaltsmitteln des BMZ und Krediten zu Marktkonditionen der KfW Entwicklungsbank zu verstehen. Nach den Regeln des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) sind die entsprechend verbilligten Kredite vollständig auf die ODA anrechenbar, sofern das Zuschusselement mindestens 25 Prozent beträgt. Durch Nutzung der Hebelwirkung kann die ODA-Quote somit deutlich erhöht werden, ohne dass zusätzliche Haushaltsmittel erforderlich sind.

Mischfinanzierung kann ODA um zwei Milliarden Euro steigern

Formen der Mischfinanzierung im engeren Sinne gibt es bereits seit 1963. Schon damals wurden gelegentlich Zuschüsse oder Kredite des BMZ mit niedrigem Zinssatz und langer Laufzeit mit KfW-Krediten mit höherem Zinssatz und kürzerer Laufzeit gekoppelt. Dies war hauptsächlich bei einigen größeren Infrastrukturprojekten der Fall. Heute kann man hauptsächlich drei Varianten der Mischung von Haushaltsmitteln und Kapitalmarktmitteln unterscheiden.

- **Zinssubventionierte Darlehen:** Bei diesem Instrument erhält die Regierung des jeweiligen Kooperationslandes einen Kredit aus KfW-Marktmitteln, dessen Zinssatz durch BMZ-Zuschüsse soweit unter das Marktniveau gesenkt wird, dass der gesamte Kredit als ODA anrechenbar ist. Im Jahr 2013 sollen allein 250 Millionen Euro (eben soviel wie schon 2012) für Zinssubventionen im Rahmen der Initiative Klimaschutz und Umwelt (IKLU) verwendet werden. Sie finanziert vor allem Vorhaben zur Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz; daneben vergibt sie Kredite u.a. für Projekte in den Bereichen Industrieller Umweltschutz, Wasserversorgung sowie Abwasser- und Abfallentsorgung. 80 Millionen Euro sollen 2013 nach Asien fließen (Indien, Indonesien, Vietnam und Mongolei), 60 Millionen nach Südosteuropa/Kaukasus (u.a. Serbien und Bosnien-Herzegowina), 53 Millionen nach Lateinamerika (u.a. Brasilien, Mexiko und Peru), 37 Millionen nach Afrika (Marokko, Tunesien und Kenia) sowie 20 Millionen nach Ägypten.¹⁸

Einschließlich der Marktmittel beträgt das Gesamtvolumen der IKLU-Zusagen voraussichtlich 1,6 Milliarden Euro, und damit mehr als das Sechsfache der eingesetzten Haushaltsmittel. Insgesamt hat das BMZ für 2013 Zuschüsse für Zinssubventionen in Höhe von 380 Millionen Euro eingeplant. Legt man dieselbe Hebelwirkung wie bei den IKLU-Mitteln zugrunde, ergibt sich daraus ein Gesamtzusagevolumen von etwa 2,4 Milliarden Euro, das vollständig ODA-anrechenbar ist.

- **Integrierte Verbundfinanzierung:** Das Instrument der Verbundfinanzierung wird bereits seit 1994 und in der integrierten Form seit 2004 eingesetzt. Dabei werden Mittel von BMZ und KfW zu einem Kredit „verbunden“.¹⁹ Die Hebelwirkung ist wesentlich geringer als bei der Zinssubventionierung. Dies ist der Grund, warum dieses Instrument kaum noch genutzt wird. 2013 sollen lediglich Tunesien und Brasilien je einen Kredit in Höhe von insgesamt 67,5 Millionen Euro (22,5 Millionen BMZ-Mittel, 45 Millionen Marktmittel) erhalten.
- **Strukturierte FZ-Fonds:** Als weiteres Instrument der Mischung von Haushaltsmitteln und Geldern privater Investoren sieht das BMZ seit neustem die direkte Beteiligung an Investmentfonds vor, die ihr Kapital in entwicklungspolitisch relevanten Projekten anlegen. Grundidee ist dabei, dass der Bund als Investor eines Fonds prioritär haftet und dadurch die Risiken für private Investoren, die ihr Geld in diesem Fonds anlegen, reduziert werden. Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist der Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) (vgl. Kasten 1).

Nach Aussage des BMZ dienen die diversen Formen der Mischfinanzierung, bzw. des Einsatzes „marktnaher entwicklungspolitischer Instrumente“ dazu, den Handlungsspielraum bei der Förderung von entwicklungspolitischen Investitionsvorhaben, zum Beispiel im Bereich globaler öffentlicher Güter zu erweitern.²⁰ Konditionen könnten bei Partnern „mit guter Leistungsfähigkeit“ flexibler gestaltet und das Subventionselement „bei marktnahen Vorhaben mit hoher Rentabilität“ verringert werden.²¹ Auf diese Weise eröffneten sich „Potenzi-

¹⁹ Bei der Verbundfinanzierung werden die BMZ-Mittel und die Marktmittel der KfW in einem Vertrag aber zwei Tranchen mit unterschiedlichem Zinssatz und unterschiedlicher Laufzeit ausgewiesen. Bei der integrierten Verbundfinanzierung werden die BMZ- und KfW-Mittel in einer Tranche mit einheitlichem Zinssatz und einheitlicher Laufzeit zusammengefasst.

²⁰ Vgl. BMZ (2012b), S. 15.

²¹ Ebd.

¹⁸ Vgl. BMZ (2012b), S. 8.

AATIF – Joint Venture von BMZ und Deutscher Bank

Kasten 1

Der Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) wurde im August 2011 als Joint Venture von BMZ, KfW und Deutscher Bank gegründet.¹ Der Fonds hat gegenwärtig ein Finanzvolumen von 85 Millionen Euro. Davon kommen 45 Millionen aus dem BMZ-Haushalt und je 20 Millionen von der KfW Bankengruppe und der Deutschen Bank AG. Die Deutsche Bank fungiert auch als Fondsmanager. Das Personal des Fonds, Mitarbeiter der Abteilung „Asset Management – Environmental & Social Capital“ der Deutschen Bank, wird bei Ausbleiben einer Rendite aus den Anteilen des BMZ bezahlt. Die Bundesregierung geht nach eigenen Worten davon aus, dass sich AATIF erst ab dem dritten Geschäftsjahr selbst trägt. Bis dahin wird das Gehalt der Fondsmanager somit aus Steuermitteln beglichen.

Rechtlicher Sitz des Fonds ist Luxemburg. Dies hat zur Folge, dass der Fonds nach Luxemburger Recht grundsätzlich keine Ertragsteuer zahlen muss. Außerdem ist es dadurch möglich, den Fonds nach dem sogenannten Wasserfallprinzip zu strukturieren, demzufolge die Investoren in verschiedene Risikostufen eingeteilt werden. Im Falle von Verlusten haftet der Bund mit seinem eingesetzten Kapital zuerst, private Investoren haften zuletzt. Umgekehrt wird zuerst die Zieldividende ihrer Anteile bedient, die Anteile des Bundes kommen zuletzt an die Reihe.

Generelles Ziel des Fonds ist es, Kredite, Garantien und Beteiligungen an landwirtschaftlichen Vorhaben in Afrika bereitzustellen, die zur Armutsminderung und Ernährungssicherung beitragen. Erstes Vorhaben von AATIF war die direkte Investition in ein Farmprojekt in Sambia, die Chobe Agrivision Company. Sie ist in Besitz von Chayton Atlas Investments Ltd., eines Investmentfonds mit Sitz in Mauritius, einer Steueroase, von der es heißt: *“The island is perfect for offshore banks and services: Low control, minimal financial regulations, a high educational level and great confidentiality.”*² Dieser Fonds gehört wiederum zur südafrikanischen PSG Group, einer Investmentgesellschaft, die es sich unter anderem zur Aufgabe gemacht hat, alte landwirtschaftliche Kooperativen (coops) in Unternehmen umzuwandeln *“with a profit motive as its primary objective.”*³

In dem Farmprojekt in Sambia werden Mais, Soja und Weizen hauptsächlich für den Export angebaut. Der Ernährungssicherung der heimischen Bevölkerung dient es somit kaum.⁴ Das BMZ argumentiert, die Armutswirkung der Investition liege in der Beschäftigungswirkung und der Produktivitätssteigerung.⁵ Einer signifikanten Beschäftigungswirkung widerspricht allerdings der Umwelt- und Sozialbericht der Multilateralen Investitionsgarantieagentur (MIGA) zu dem Farmvorhaben. Darin heißt es:

*“During operations the farm will directly employ approximately 15-20 people in keeping with an increasingly mechanized and computer-driven agricultural industry.”*⁶

1 Vgl. hierzu und zum Folgenden Bundesregierung (2012a), AATIF (2012) sowie www.aatif.lu.

2 Vgl. www.mauritius-bank.com/Mauritius-Banks.html.

3 PSG Group Ltd. (2012), S. 6.

4 Vgl. MIGA (2011), S. 1.

5 Vgl. Bundesregierung (2012a), S. 8.

6 MIGA (2012), S. 4.

ale für eine Steigerung der ODA-Quote“²² – und dies „haushaltsschonend“.²³ Gedacht sind diese Instrumente für Schwellen- und Transformationsländer sowie „fortgeschrittenere Entwicklungsländer“.²⁴

Die zunehmende Mischung von Haushaltsmitteln des BMZ mit Geldern privater Kapitalgeber eröffnet aber keineswegs nur die vom BMZ betonten Chancen. Sie ist vielmehr mit einer Reihe gravierender Risiken und Nebenwirkungen verbunden.²⁵

- **Schwerpunktverlagerung aus „unrentablen“ Sektoren:** Mischfinanzierung ist in erster Linie für Investitionsvorhaben im Infrastrukturbereich gedacht, die auf die Dauer profitabel sind. Das schließt Vorhaben außerhalb des Marktes, etwa im Bereich der Grundbildung oder der Basisgesundheitsversorgung, aber auch Projekte zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus. Bei stagnierendem BMZ-Etat und gleichzeitiger Aufstockung der Haushaltsmittel für die Mischfinanzierung kann dies zu einem Abzug von Mitteln aus „unrentablen“ Sektoren führen. Die Reduzierung des Anteils der Mittel, die das BMZ in der finanziellen Rahmenplanung 2013 für den Bereich „Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung“ vorsieht, ist möglicherweise bereits ein Hinweis auf diese sich abzeichnende Schwerpunktverlagerung.
- **Reduzierung der Mittel für die armen Länder:** Mischfinanzierung ist laut BMZ ein Instrument für Schwellen- und Transformationsländer sowie „fortgeschrittenere Entwicklungsländer“. Dennoch sollen auch andere Länder indirekt profitieren, denn durch „die konsequente Nutzung von Marktmitteln und Partnerbeiträgen kann es auf der Zeitschiene gelingen, mittelfristig Haushaltsmittel für LDC-Länder frei zu setzen.“²⁶ Allerdings bleibt das BMZ die Antwort schuldig, wie dies bei stagnierendem Budget und gleichzeitig steigenden Mitteln für die Mischfinanzierung gelingen soll. Zu befürchten ist vielmehr, dass angesichts der Möglichkeit zur ODA-Quotensteigerung in den kommenden Jahren noch mehr Mittel auf Länder konzentriert werden, die für Mischfinanzierungsvorhaben geeignet sind, und der Finanzierungsspielraum zur Unterstützung der ärmsten Länder schrumpft.

- **Erhöhung von Auslandsverschuldung und Exportabhängigkeit:** Das BMZ weist explizit darauf hin, dass Kredite mit Marktmittelbeimischung in der Regel nur an Länder mit „gutem Risiko“, d.h. unproblematischer Verschuldungssituation, vergeben werden. Aber auch in diesen Ländern erhöht jedes Darlehen ausländischer Finanziers die Auslandsverschuldung, und damit den Zwang, Devisen zu erwirtschaften, um die Tilgung des Darlehens zu gewährleisten. Selbst profitable Investitionsvorhaben, etwa zum Aufbau eines Nahverkehrssystems, erwirtschaften aber nicht automatisch ausländische Devisen. Dies ist nur möglich, wenn verstärkt für den Export produziert wird. Dies erhöht die Exportabhängigkeit und kann den Aufbau einheimischer Märkte konterkarieren.
- **Schwächung inländischer Kapitalmärkte:** Die Zinssubventionierung von Darlehen bringt der KfW auf den internationalen Kapitalmärkten einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Finanzinstituten, die über diese Privilegien nicht verfügen. Das BMZ argumentiert, dass die Bereitstellung zinsverbilligter Darlehen in den Kooperationsländern notwendig sei, weil die Kreditnehmer keine Möglichkeit hätten, Mittel auf dem inländischen Kapitalmarkt aufzunehmen. Allerdings bestehen für inländische Kreditinstitute angesichts des Angebots subventionierter Darlehen auch ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Dies kann die Entwicklung eines funktionsfähigen inländischen Kapitalmarkts behindern. Dieses Problem kann reduziert werden, wenn die Kreditmittel über inländische Finanzintermediäre vergeben werden. Dies ist bei KfW und DEG gelegentlich der Fall.
- **Strohfeuereffekt für die ODA:** Durch die Hebelwirkung der Mischfinanzierung können die ODA-anrechenbaren Mittel kurzfristig massiv gesteigert werden. Sobald die Kredite getilgt werden, werden die rückgezahlten Beträge jedoch als „negative ODA“ verbucht, d. h. wieder von der ODA abgezogen. Langfristig brechen die ODA-Zahlen und die ODA-Quote wieder ein, sofern die Rückzahlungen nicht permanent durch Neukredite kompensiert werden. Aus diesem Grund ist durchaus denkbar, dass Deutschland bis 2015 das 0,7-Prozentziel „auf Pump“ erreicht, aber die Finanzblase platzt, sobald die Tilgungsperioden einsetzen.

22 Ebd.

23 Ebd., S. 6.

24 Ebd., S. 15.

25 Vgl. dazu auch das Arbeitspapier von Morazán/Schäfer/Lanzet/Hauschild (2012), die in ihrer Untersuchung der „Blending“-Instrumente auf EU-Ebene zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen.

26 BMZ (2012b), S. 6.

Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen

Im ersten Teil ihres diesjährigen Berichts, der im April 2012 erschien, haben sich terre des hommes und die Welthungerhilfe mit den veränderten Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik und der Suche nach neuen Konzepten befasst. Die darin formulierte Forderung nach einer kohärenten Ausrichtung der deutschen Politik im Sinne einer zukunftsgerechten Entwicklung bleibt nach den enttäuschenden Ergebnissen der Rio+20-Konferenz vom Juni 2012 aktueller denn je. Dass die Bundeskanzlerin der wichtigsten UN-Konferenz dieses Jahres ferngeblieben ist, hat auf internationaler Ebene den Eindruck erweckt, die Bewältigung der globalen Umwelt- und Entwicklungsprobleme hätte in der deutschen Politik nicht höchste Priorität. Der Folgeprozess der Rio+20-Konferenz und die intensiven Diskussionen über die globale Entwicklungsagenda nach dem Jahr 2015 eröffnen für die Bundesregierung die Chance, dieses Bild zu korrigieren.

Die Bundesregierung sollte sich insbesondere an der Entwicklung ambitionierter globaler Nachhaltigkeitsziele aktiv beteiligen. Sie sollte sich dafür einsetzen, dass derartige Ziele alle Dimensionen der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, insbesondere Umwelt, soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Menschenrechte, Frieden, und die Stärkung internationaler Zusammenarbeit, widerspiegeln. In die Diskussionen sollten zivilgesellschaftliche Organisationen eng und kontinuierlich einbezogen werden.

Die wichtigen Auseinandersetzungen über die künftigen Konzepte und Ziele der Entwicklungspolitik dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Entwicklung ohne ausreichende finanzielle Mittel nicht möglich ist. Die Bekämpfung von Armut und Hunger, die Förderung von ländlicher Entwicklung und Ernährungssicherheit, der Ausbau öffentlicher Gesundheits- und Bildungssysteme, sowie die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen und Zivilgesellschaft erfordern zusätzliche öffentliche Mittel. So falsch es wäre, Entwicklungszusammenarbeit allein an der Quantität der bereitgestellten Ressourcen zu messen und Politikempfehlungen auf die Verwirklichung des 0,7-Prozentziels zu reduzieren, so falsch wäre

es auch, die finanzielle Dimension der Entwicklungszusammenarbeit völlig außer Acht zu lassen. Aus diesem Grund richten terre des hommes und Welthungerhilfe ergänzend zu den Empfehlungen im ersten Teils ihres diesjährigen Berichts folgende Forderungen an die Adresse von Bundesregierung und Bundestag:

1. Realen Rückgang der EZ-Haushaltsmittel 2013 verhindern

Dass nach den Haushaltsplänen der Bundesregierung die Mittel des BMZ im kommenden Jahr um lediglich 0,6 Prozent erhöht werden sollen, und damit inflationsbereinigt sinken, ist angesichts der Verpflichtungen aus dem ODA-Stufenplan der EU ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid. Dies gilt umso mehr angesichts der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes. Demnach plant die Bundesregierung, den BMZ-Etat 2014 um über 400 Millionen Euro zu kürzen und auf diesem Niveau bis 2016 einzufrieren. Auch wenn die vorgesehenen Kürzungen wie in den Vorjahren nicht realisiert werden, wäre es völlig unangemessen, dies bereits als Erfolg zu verkaufen.

Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen ursprünglich die fraktionsübergreifende Initiative aus dem Bundestag für einen „Entwicklungspolitischen Konsens“. Ohne eine entsprechende Bundestagsentscheidung bleibt dieser Konsens, der von der Mehrheit der Abgeordneten unterzeichnet wurde, jedoch ein unglaubwürdiges Lippenbekenntnis.



Welthungerhilfe und terre des hommes rufen die Bundesregierung dazu auf, in ihrer mittelfristigen Finanzplanung ab 2014 die im „Entwicklungspolitischen Konsens“ von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten unterstützte Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe um mindestens 1,2 Milliarden Euro pro Jahr zu berücksichtigen. Die zusätzlichen Mittel sollen



>>>

vorrangig in lange Zeit vernachlässigte Bereiche fließen, darunter insbesondere in die Unterstützung von ländlicher Entwicklung und Ernährungssicherheit. Daneben sollte die Förderung des BMZ für die Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im In- und Ausland substantiell ausgebaut werden.

2. Mittel für die Klimafinanzierung signifikant steigern

Dass die deutschen Mittel für den internationalen Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel 2013 insgesamt steigen, ist ein positives Signal. Es besteht jedoch die Gefahr, dass dies bei stagnierendem Entwicklungsetat auf Kosten anderer Aufgaben geschieht. Zudem müsste der Anstieg wesentlich höher ausfallen, damit Deutschland sukzessive seinen fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung leistet. Beim Klimagipfel in Kopenhagen 2009 hatten die Regierungen der Industrieländer zugesagt, ab dem Jahr 2020 zusätzliche 100 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Entsprechend seinem Beitragssatz zum Haushalt der Vereinten Nationen (2012: 8,018 Prozent) müsste der deutsche Anteil dann bei rund acht Milliarden US-Dollar liegen.

Dass die geplanten Ausgaben für den internationalen Klima- und Umweltschutz aus dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ 2015 wieder sinken sollen, ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich und sollte dringend korrigiert werden. Der Preisverfall im Emissionshandel, dessen Einnahmen in das Sondervermögen fließen, erschwert ohnehin die längerfristige Prognostizierbarkeit der Einnahmen. Er deutet auf ein Überangebot an CO₂-Zertifikaten hin, das die Steuerungswirkung dieses Instruments grundsätzlich infrage stellt. Aus diesem Grund sind substantielle Nachbesserungen im System des Emissionshandels auf EU-Ebene dringend erforderlich.

>>>

Die Bundesregierung sollte den Anteil der Erlöse aus dem Emissionshandel, der für den Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern verwendet wird, auf

>>>

>>>

mindestens 50 Prozent steigern. Die Mittel sollten vorrangig den ärmsten Ländern zugutekommen, die gegenüber Klimaveränderungen besonders verwundbar sind.

Angesichts des Preiseinbruchs bei CO₂-Zertifikaten und der Unberechenbarkeit der weiteren Preisentwicklung sollte die Bundesregierung die regulären Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung signifikant steigern. Dies darf aber nicht auf Kosten anderer entwicklungspolitischer Aufgaben geschehen.

Da es sich um zusätzliche Aufgaben handelt, sollten die Ausgaben zusätzlich zu den ODA-Verpflichtungen aus dem EU-Stufenplan erfolgen und nicht auf die Verwirklichung des 0,7-Prozentziels angerechnet werden.

3. Erlöse aus künftiger Finanztransaktionssteuer für Entwicklung und Klimaschutz nutzen

Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesregierung sich im Rahmen der EU für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzt und dabei eine Führungsrolle übernommen hat. Die Entscheidung in der EU, eine solche Steuer zunächst für elf Länder des Euro-Raumes im Rahmen der „Verstärkten Zusammenarbeit“ einzuführen, ist ein politischer Durchbruch. Im weiteren Verlauf muss aber sichergestellt sein, dass ein substantieller Teil der Einnahmen als „Steuer gegen Armut“ für entwicklungspolitische Zwecke zur Verfügung steht. Es ist als positives Signal zu werten, dass in der Finanzplanung des Bundes ab 2014 bereits Einnahmen aus dieser Steuer eingeplant sind, wenn auch in konservativ kalkuliertem Umfang von zwei Milliarden Euro.

>>>

Die Bundesregierung sollte nach Einführung der Finanztransaktionssteuer, sicherstellen, dass mindestens 50 Prozent der Erlöse für Entwicklungs- und Klimaschutzzwecke verwendet werden. Nach der gegenwärtigen Finanzplanung des Bundes wären dies ab 2014 mindestens eine Milliarde Euro pro Jahr.

4. Instrumente der Mischfinanzierung gründlich überprüfen

Welthungerhilfe und terre des hommes halten den gegenwärtigen Trend, die bestehende ODA-Lücke durch die Koppelung der BMZ-Mittel mit Krediten zu Marktkonditionen zu schließen, aus verschiedenen Gründen für problematisch. Es besteht die Gefahr, dass dadurch die entwicklungspolitischen Schwerpunkte in Länder und Sektoren verlagert werden, in denen Investitionen hochrentabel sind. Das Argument, dass durch den Einsatz von Marktmitteln für die „fortgeschritteneren Entwicklungsländer“ auch zusätzliche Mittel für die ärmsten Länder freigesetzt werden, ist unglaublich, solange der BMZ-Etat stagniert oder sogar schrumpfen soll. Zudem erhöht sich durch die verstärkte Vergabe von Krediten zu marktnahen Konditionen die Auslandsverschuldung der entsprechenden Kooperationsländer und damit auch der Zwang, Devisen über zusätzliche Exporteinnahmen zu erwirtschaften, um die Kredite zurückzahlen. Schließlich wird durch die Hebelwirkung der Mischfinanzierung und die hundertprozentige ODA-Anrechenbarkeit ein Strohuereffekt erzeugt, der die ODA-Statistiken kurzfristig schön.



Die Bundesregierung sollte sämtliche Instrumente der Mischfinanzierung einer grundsätzlichen Überprüfung unterziehen. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass es durch den Einsatz dieser Instrumente nicht zu einer Schwerpunktverlagerung aus als „unrentabel“ geltenden Sektoren und Ländern kommt. Zudem darf die Nutzung von Instrumenten der Mischfinanzierung für die Kooperationsländer keine negativen Auswirkungen auf ihre Schuldentragfähigkeit haben. In diesem Zusammenhang sollten Möglichkeiten der Tilgung von Darlehen in einheimischer Währung geprüft werden. Außerdem sollten verstärkt Finanzintermediäre in den jeweiligen Ländern genutzt und der Ausbau der inländischen Kapitalmärkte aktiv gefördert werden.

Die Beteiligung des BMZ an Investmentfonds, die nach deutschem Recht nicht zulässig sind und deswegen in Ländern wie Luxemburg angesiedelt werden, ist generell einzustellen. Das BMZ sollte zudem effektive Standards entwickeln, um die Kooperation mit Firmen und Investmentfonds, die ihren Sitz in einer Steuer-oase haben, grundsätzlich zu verhindern.

5. Strategie der UN zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung aktiv mitgestalten

Die Vereinbarung globaler Ziele für nachhaltige Entwicklung sollte ein wesentliches Element der Post-2015 Entwicklungsagenda bilden. Die Formulierung von Zielen allein bleibt jedoch wirkungslos, wenn nicht zugleich verbindliche Regeln und Strategien für die Finanzierung der Ziele vereinbart werden. Aus diesem Grund begrüßen terre des hommes und Welthungerhilfe den Beschluss der Rio+20-Konferenz, neben der Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung zur Formulierung globaler Nachhaltigkeitsziele auch eine Expertengruppe einzusetzen, die bis 2014 Optionen für eine zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung (*Sustainable Development Financing Strategy*) formulieren soll.



Die Bundesregierung sollte sich sowohl an der Formulierung globaler Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung als auch an der UN-Expertengruppe für eine zukünftige Strategie zur Finanzierung nachhaltiger Entwicklung aktiv beteiligen. Sie sollte sich zugleich dafür einsetzen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in die Arbeit beider Gruppen umfassend und systematisch einbezogen werden. Die UN-Expertengruppe bietet die Chance, das System der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in einem Gremium auf den Prüfstand zu stellen, das nicht von den klassischen Geberländern dominiert wird.

6. ODA-Definition reformieren - Entwicklung eines Kohärenz-Index vorantreiben

Welthungerhilfe und terre des hommes haben in ihren bisherigen Berichten immer wieder auf die Schwächen der gegenwärtigen Definition der ODA hingewiesen. Dies galt insbesondere für die Anrechnung von Schuldenerlassen, den kalkulatorischen Studienplatzkosten von Studierenden aus Entwicklungsländern sowie den Leistungen für Flüchtlinge im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland. Diese Praxis ist nach dem OECD-DAC ebenso regelkonform wie der jüngste Trend in der deutschen Entwicklungspolitik, die Hebelwirkung der Mischfinanzierung zu nutzen, zinsverbilligte Darlehen zunächst zu 100 Prozent auf die ODA anzurechnen und die Tilgungsraten später wieder von der ODA abzuziehen. All diese Formen phan-

tasievoller Buchführung verfälschen das Bild der tatsächlichen entwicklungspolitischen „Hilfsbereitschaft“ der Bundesregierung.

Darüber hinaus lässt sich die „Entwicklungsfreundlichkeit“ der deutschen Politik ohnehin nicht allein an der ODA-Quote ablesen. Ob die deutsche Politik die Lebensbedingungen der Menschen im globalen Süden positiv oder negativ beeinflusst, hängt entscheidend davon ab, ob sie die internationalen Menschenrechte achtet, schützt und gewährleistet, welche Handels-, Investitions- und Agrarpolitik sie auf EU-Ebene unterstützt, was sie gegen Kapitalflucht in Steueroasen und die Spekulation an den Rohstoffbörsen unternimmt, und welchen Beitrag sie zum globalen Klimaschutz leistet. Grundsätzliches Ziel einer „entwicklungsfreundlichen“ Politik Deutschlands muss dabei sein, die Lebensbedingungen der Menschen, die in Armut leben, zu verbessern und ihre Beteiligung an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozessen zu stärken.



Welthungerhilfe und terre des hommes begrüßen die Entscheidung des BMZ, sich aktiv mit den Maßen entwicklungspolitischer Kohärenz und den zukünftigen Regeln für die ODA-Berichterstattung zu befassen. Dies darf allerdings nicht zu einer weiteren Verwässerung der ODA-Definition führen. Die Bundesregierung sollte vielmehr darauf hinwirken, die Regeln für die ODA-Anrechenbarkeit grundsätzlich zu reformieren. In diesem Zusammenhang sollte künftig bei allen Formen der Mischfinanzierung nur noch der Zuschussanteil, nicht aber der Anteil der Marktmittel ODA-anrechenbar sein.

Daneben sollte die Bundesregierung die Entwicklung eines neuen Maßes für die Entwicklungsfreundlichkeit eines Landes aktiv vorantreiben. Ziel könnte weiterhin die unabhängige Erarbeitung eines entwicklungspolitischen Kohärenz-Index für die Politik sein. Dies sollte unter enger Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen geschehen.

- AATIF (2012):** Increasing Income - Improving Food Security. AATIF Annual Report 2011. Luxemburg: Africa Agriculture and Trade Investment Fund.
- Auswärtiges Amt/BMZ (2012):** Information über die geplante Umsetzung der AA-BMZ Vereinbarung 11.11.2011 gemäß Maßgabebeschluss des Haushaltsausschusses vom 30.11.2011. Berlin.
- BMF (2012):** Bundeshaushaltsplan 2013. Berlin.
- BMF (2011):** Bundeshaushaltsplan 2012. Berlin.
- BMZ (2012a):** Hinweise zum Geschäftsbereich des Einzelplans 23 zum Haushalt 2013. Bonn/Berlin.
- BMZ (2012b):** Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Vertrauliche Erläuterungen 2013 für die Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, für die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen sowie für die Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung. Bonn/Berlin.
- BMZ (2012c):** Soll-Ist-Vergleich 2011 zu Kapitel 2302 Titel 86601, 89601 und 89603 - Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin.
- BMZ (2012d):** Vertrauliche Erläuterungen 2013 für die Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, für die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen sowie für die Internationale Zusammenarbeit mit Regionen für nachhaltige Entwicklung. Bonn/Berlin.
- BMZ (2011a):** Chancen schaffen - Zukunft entwickeln. Bonn/Berlin.
- BMZ (2011b):** Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2012 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin.
- BMZ (2011c):** Soll-Ist-Vergleich 2010 zu Kapitel 2302 Titel 86601, 89601 und 89603 - Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin.
- BMZ (2011d):** Vertrauliche Erläuterungen 2012 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin.
- Bundesregierung (2012a):** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Niema Movassat, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Die Rolle der Deutschen Bank AG als Partner für Ernährungssicherheit. (BT Drucksache 17/10286).
- Bundesregierung (2012b):** Globalisierung gestalten - Partnerschaften ausbauen - Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung. Auswärtiges Amt (Hrsg.), Berlin.
- Deutsche Emissionshandelsstelle (2012):** Versteigerung von Emissionsberechtigungen in Deutschland: Auswertungen und Hintergründe aus fünf Jahren Verkauf und Versteigerung am Übergang zur dritten Handelsperiode des EU-Emissionshandels. Berlin.
- Ferrer, Jorge Núñez/Behrens, Arno (2011):** Innovative approaches to EU Blending Mechanisms for Development Finance. CEPS Special Report (May 2011).
- High-level Forum on Aid Effectiveness (2011):** Busan Partnership for Effective Development Co-Operation. Paris: OECD.
- King, Michael et al. (2012a):** Measuring Policy Coherence for Development. Final Report, May 2012. Maastricht: ECDPM.
- King, Michael et al. (2012b):** Measuring Policy Coherence for Development. Final Report, Volume II: annexes, May 2012. Maastricht: ECDPM.
- Martens, Jens (2012):** Rio+20. Die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung 2012. Hintergründe - Konflikte - Perspektiven. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum Europe/terre des hommes.
- MIGA (2012):** Environmental and Social Review Summary. Chobe Agrivision Company Ltd.. Washington, D.C.
- MIGA (2011):** Environmental and Social Review Summary. Chobe Agrivision Company Ltd.. Washington, D.C.
- Morazán, Pedro/Schäfer, Tobias/Lanzet, Peter/Hauschild, Tobias (2012):** „Blending“. A New Face in Official Development Finance. Bonn/Berlin/Siegburg: EED/Oxfam Germany/Südwind Institut.
- OECD (2011a):** Better Policies for Development. Report on the DevGoals Exercise. Paris.
- OECD (2011b):** Development Co-operation Report 2011. 50th Anniversary Edition. Paris.
- OECD (2010a):** DAC Mandate 2011-2015. Paris.
- OECD (2010b):** Deutschland - Entwicklungsausschuss (DAC) Peer Review 2010. Prüfbericht über die Entwicklungspolitik und -programme Deutschlands. Paris.

Oxfam Deutschland (2012): Internationale Klimafinanzierung im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt und den Energie- und Klimafonds 2013. Berlin.

PSG Group Ltd. (2012): Annual Report 2012. Stellenbosch.

terre des hommes/Welthungerhilfe (2012): Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik. 20. Bericht 2012, Teil 1. Bonn/Osnabrück.

terre des hommes/Welthungerhilfe (2011): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. 19. Bericht 2011. Bonn/Osnabrück.

terre des hommes/Welthungerhilfe (2010): Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. 18. Bericht 2010. Bonn/Osnabrück.

UN (2012): Die Zukunft, die wir wollen. New York (UN Dok. A/RES/66/288 vom 11. September 2012).

UN Secretary-General (2011): Accelerating progress towards the Millennium Development Goals: options for sustained and inclusive growth and issues for advancing the United Nations development agenda beyond 2015. Annual report of the Secretary-General. New York: UN (UN Dok. A/66/126).

Vanheukelom, Jan et al. (2012): Reporting on Development: ODA and Financing for Development. April 2012. Maastricht: ECDPM.

AA	Auswärtiges Amt
AATIF	Africa Agriculture and Trade Investment Fund
AWZ	Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMU	Bundesumweltministerium
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CO ₂	Kohlendioxid
DAC	Development Assistance Committee
ECDPM	European Centre for Development Policy Management
ENÜH	Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe
EU	European Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FTS	Finanztransaktionssteuer
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
G20	Gruppe der 20
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
IKLU	Initiative für Klimaschutz und Umwelt
IWF	Internationaler Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Country
MDGs	Millennium Development Goals
MIGA	Multilaterale Investitionsgarantieagentur
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
SDG	Sustainable Development Goal
TZ	Technische Zusammenarbeit
UN	United Nations
UN DESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNICEF	United Nations Children's Fund
USA	United States of America
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
WTO	World Trade Organization

Grunddaten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

	in Mio. Euro bzw. in Prozent													
	1990	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 Soll	2013 Plan
Bundeshaushalt: Einzelplan 23 (Haushalt des BMZ)	4.067	3.675	3.759	3.756	3.741	3.926	4.131	4.839	5.218	5.735	5.975	6.026	6.383	6.420
BMZ-Haushalt in % des Bundeshaushalts	2,01	1,50	1,57	1,46	1,47	1,51	1,58	1,65	1,85	1,96	1,95	2,03	2,04	2,12
Anteil multilateraler Ausgaben inkl. EU im Einzelplan 23	n.v.	32,3	33,5	32,5	35,9	37,8	37,1	39,6	39,4	38,6	38,6	37,8	34,8	**
<i>Nur buchhalterisch:</i> Einnahmen des BMZ, v. a. aus Schuldendienst ⁽¹⁾	595	809	791	720	709	696	863	981	694	726	656	638	660	560
Personal im BMZ (Planstellen gemäß Bundeshaushalt) ⁽²⁾	541	561,5	603,3	606,9	600,5	597,3	587,8	574,8	577,3	591,1	595,3	589,3	756,0	759,9
ODA-Leistungen ⁽³⁾	5.222	5.458	5.650	6.005	6.064	8.112	8.313	8.978	9.693	8.674	9.804	10.452*	**	**
ODA-Quote ⁽⁴⁾ **	0,41	0,27	0,27	0,28	0,28	0,36	0,36	0,37	0,38	0,35	0,39	0,40*	**	
Multilateraler Anteil an der gesamten ODA inkl. EU	-	46,6	37,5	40,2	49,3	26,1	32,6	35,3	35,2	41,2	38,0	38,6*	**	**

Quellen: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2011, BMZ, Ref. 414, Bundeshaushaltspläne 2011–2013 und OECD-Datenbank.
*vorläufig
** Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

- (1) Über die **Einnahmen** des BMZ aus Schuldendienst verfügt der Finanz-, nicht der Fachminister.
 (2) Bei den **Personalzahlen** handelt es sich ab 2002 um die Soll-Planstellen.
 (3) **ODA-Leistungen**: Official Development Assistance (ODA) ist die Summe der öffentlichen finanziellen Leistungen an Entwicklungsländer, die vom Development Assistance Committee (DAC) der OECD als entwicklungsrelevant anerkannt worden sind.
 (4) **ODA-Quote** ist das Verhältnis der ODA-Leistungen zum Bruttonationaleinkommen (BNE), das seit 1998 international an die Stelle des Bruttonationaleinkommens (BSP) getreten ist. Die Berechnungen von BNE und BSP sind fast identisch.

Öffentliche EZ (ODA) aller DAC-Länder

Tabelle 2

Netto-Auszahlungen in Mio. US-Dollar							
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011*
1. USA	27.935	23.532	21.787	26.437	28.831	30.353	30.745
2. Deutschland	10.082	10.435	12.291	13.981	12.079	12.985	14.533
3. Großbritannien	10.772	12.459	9.849	11.500	11.283	13.053	13.739
4. Frankreich	10.026	10.601	9.884	10.908	12.602	12.915	12.994
5. Japan	13.126	11.136	7.697	9.601	9.457	11.021	10.604
6. Niederlande	5.115	5.452	6.224	6.993	6.426	6.357	6.324
7. Schweden	3.362	3.955	4.339	4.732	4.548	4.533	5.606
8. Kanada	3.756	3.683	4.080	4.795	4.000	5.209	5.291
9. Norwegen	2.794	2.945	3.735	4.006	4.081	4.580	4.936
10. Australien	1.680	2.123	2.669	2.954	2.762	3.826	4.799
11. Spanien	3.018	3.814	5.140	6.867	6.584	5.949	4.264
12. Italien	5.091	3.641	3.971	4.861	3.297	2.996	4.241
13. Schweiz	1.772	1.646	1.685	2.038	2.310	2.300	3.086
14. Dänemark	2.109	2.236	2.562	2.803	2.810	2.871	2.981
15. Belgien	1.963	1.977	1.951	2.386	2.610	3.004	2.800
16. Finnland	902	834	981	1.166	1.290	1.333	1.409
17. Korea	752	455	696	802	816	1.174	1.321
18. Österreich	1.573	1.498	1.808	1.714	1.142	1.208	1.107
19. Irland	719	1.022	1.192	1.328	1.006	895	904
20. Portugal	377	396	471	620	513	649	669
21. Neuseeland	274	259	320	348	309	342	429
22. Luxemburg	256	291	376	415	415	403	413
23. Griechenland	384	424	501	703	607	508	331
DAC-Länder insgesamt	107.838	104.814	104.206	121.954	119.778	128.465	133.526
darunter EU-Mitglieder des DAC insgesamt	55.750	59.034	61.538	70.974	67.210	70.150	72.315

* vorläufig

Quelle: OECD-Datenbank (Stand 04.09.2012). Korea gehört dem DAC seit dem 1.1.2010 an. Dadurch erhöht sich die ODA-Summe der DAC-Länder auch rückwirkend um die ODA Koreas.

Sektorale Aufteilung der bilateralen deutschen EZ

Tabelle 3

Zusagen bzw. Verpflichtungsermächtigungen in Mio. Euro und in Prozent der aufteilbaren FZ und TZ

	2007	2008	2009	2010	2011 Soll	2012 Soll	2013 Plan
Bildung	116,10 5,8%	84,70 3,5%	176,30 6,1%	92,65 3,4%	94,60 5,5%	126,78 4,9%	206,0 7,9
Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung	209,48 10,5%	209,95 8,6%	375,39 12,9%	222,02 8,2%	194,38 11,3%	428,59 16,7%	207,3 8,0%
Energie	207,15 10,4%	266,90 10,9%	310,75 10,7%	353,95 13,0%	202,00 11,7%	225,86 8,8%	195,0 7,5%
Friedensentwicklung und Krisenprävention	51,00 2,6%	95,50 3,9%	84,00 2,9%	29,60 1,1%	18,60 1,2%	36,06 1,4%	23,5 0,9%
Gesundheit, Familienplanung, HIV/AIDS	127,33 6,4%	208,40 8,5%	193,87 6,7%	147,87 5,4%	97,74 5,7%	150,79 5,9	219,1 8,4%
Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung	353,83 17,8%	326,30 13,3%	473,11 16,3%	419,88 15,4%	336,79 19,6%	361,58 14,1%	355,0 13,5%
Sicherung der Ernährung, Landwirtschaft	52,50 2,6%	143,10 5,8%	120,50 4,1%	75,5 2,8%	62,54 3,6%	73,13 2,9%	135,0 5,2%
Transport und Kommunikation	8,50 0,4%	2,50 0,1%	13,00 0,4%	16,68 0,6%	23,00 1,3%	5,00 0,2%	36,0 1,4%
Trinkwasser, Wasser- management, Abwasser/ Abfallentsorgung	276,37 13,9%	308,85 12,6%	281,80 9,7%	411,88 15,1%	249,86 14,5%	271,82 10,6%	339,3 12,9%
Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen	267,00 13,4%	349,68 14,3%	339,93 11,7%	471,53 17,3%	126,35 7,3%	347,67 13,6%	422,5 16,1%
Regionale Konzentration im Rahmen integrierter Ansätze ländl./städt. Entwicklung	30,30 1,5%	29,50 1,2%	44,81 1,5%	3,95 0,1%	24,50 1,4%	30,60 1,2%	k.A. -
Gestaltungsspielraum ⁽¹⁾	287,36 14,5%	424,62 17,3%	493,04 17,0%	477,03 17,5%	291,64 16,9%	565,93 22,1%	475,2 18,2%
Gesamt	1.986,91	2.450,00	2.906,49	2.722,24	1.722,00	2.566,30	2.613,90

Quellen: Zahlen 2007–2011: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2011. Zahlen 2012–2013: BMZ (2012): Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2013 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; sowie die entsprechende Ausgabe für 2012.

(1) Aus den Mitteln des sogenannten „Gestaltungsspielraums“ werden Vorhaben außerhalb der mit den jeweiligen Partnerländern vereinbarten Schwerpunkte finanziert, denen die deutsche Entwicklungspolitik besondere Bedeutung beimisst. Dazu zählen überwiegend Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Außerdem werden im Gestaltungsspielraum die Vorhaben der allgemeinen Budgethilfe sowie Studien- und Fachkräftefonds erfasst.

Regionale Aufteilung der bilateralen deutschen EZ

Tabelle 4

Zusagen bzw. Verpflichtungsermächtigungen in Mio. € und in Prozent
der gesamten *regional aufteilbaren* FZ und TZ

Förderregion	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 Soll	2013 Plan
Naher Osten/ Afghanistan/ Pakistan ⁽¹⁾	281,2 17,9%	243,6 14,0%	239,2 16,4%	291,5 15,6%	312,5 13,5%	279,2, 10,5%	255,5 10,4%	507,3 21,4%	454,0 19,1%	177,5 7,1%
Afrika ⁽²⁾	446,1 28,4%	485,7 28,0%	468,6 32,2%	643,0 34,4%	951,5 41,2%	1.191,8 44,8%	1.039,5 42,5%	960,3 40,4%	1.133,0 47,4%	1.184,0 47,4%
Lateinamerika	178,7 11,4%	189,0 10,9%	144,8 9,9%	187,5 10,0%	281,5 12,2%	301,8 11,3%	227,0 9,3%	303,1 12,8%	263,0 11,1%	257,5 10,3%
Südosteuropa, Südkaucasus ⁽³⁾	245,7 15,7%	240,7 16,0%	233,4 16,0%	278,0 14,9%	288,2 12,5%	327,5 12,3%	265,7 10,9%	193,3 8,1%	169,0 7,1%	159,0 6,4%
Asien ⁽⁴⁾	417,8 26,6%	576,1 33,2%	369,5 25,4%	470,8 25,2%	476,3 20,6%	561,1 21,1%	659,2 26,9%	413,4 17,4%	364,0 15,3%	721,0 28,9%
Regional aufteilbare FZ- und TZ⁽⁵⁾	1.569	1.735	1.455	1.871	2.310	2.662	2.447	2.377	2.377	2.499

Quellen: Zahlen 2004–2010: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2011. Zahlen 2011: BMZ (2012): Soll-Ist-Vergleich 2011 zu Kapitel 2302 Titel 86601, 89601 und 89603 – Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; Zahlen 2012–2013: BMZ (2012): Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Erläuterungen 2013 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; sowie die entsprechende Ausgabe für 2012.

(1) Bis 2010: Mittelmeerraum/Naher und Mittlerer Osten. 2011 und 2012 inkl. Mittel für Afghanistan und Pakistan (2013 unter Förderregion Asien verbucht).

(2) Bis 2010: Afrika südlich der Sahara.

(3) Bis 2010: Südosteuropa, Zentralasien, Südkaucasus. Die Zahl 2003 enthält 2 Millionen Euro TZ-Mittel für andere europäische Länder.

(4) Bis 2010: Ost-/Südasien und Ozeanien. 2006 ohne Berücksichtigung der Tsunami-Mittel. Mit Tsunami-Mitteln insgesamt 470,5 Millionen Euro (30,2%). 2013 inkl. Afghanistan und Pakistan.

(5) Regional nicht aufteilbare Mittel 2013: 723,8 Millionen Euro, darunter die Titel „Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen“ (2013: 80 Millionen Euro) und „Internationale Zusammenarbeit mit Regionen“ (2013: 20 Millionen Euro).

Bilaterale FZ und TZ an die wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Länder (LDC)

Tabelle 5

in Mio. Euro bzw. in Prozent			
	Bezugsgröße	davon	davon
	FZ+TZ (Mio. €) regional aufteilbar	an LDC (Mio. €)	an LDC (prozentual)
1996	1.913	457,2	23,9%
1997	1.642	321,1	19,6%
1998	1.535	436,1	28,4%
1999	1.335	284,8	21,3%
2000	1.316	371,6	28,7%
2001	1.510	400,3	26,5%
2002	1.432	385,1	26,9%
2003	1.500	465,2	31,0%
2004	1.468	377,6	25,7%
2005	1.605	541,8	33,8%
2006	1.403	427,05	30,4%
2007	1.871	688,3	36,8%
2008	2.310	763,7	33,1%
2009	2.746	1.051,0	38,3%
2010	2.447	915,2	37,4%
2011	2.377	1.015,5	42,7%
2012 (Soll)	2.377	876,5	36,9%

Quellen: Zahlen 1996–2010: Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2011; Zahlen 2011: BMZ (2012): Soll-Ist-Vergleich 2011 zu Kapitel 2302 Titel 86601, 89601 und 89603 – Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; Zahlen 2012: BMZ (2011): Informationsvermerk für den Haushaltsausschuss und den Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu den Vertraulichen Er-läuterungen 2012 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; sowie die entsprechende Ausgabe für 2011.

Förderung der Entwicklungszusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Wirtschaft aus dem Einzelplan 23

Tabelle 6

	in Tausend Euro								
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 Soll	2013 Plan
Entwicklungspolitische Bildung (Titel 684 71)	10.375 (2,23%)	10.457 (2,18%)	10.995 (2,22%)	11.000 (2,06%)	11.896 (1,96%)	12.000 (1,80%)	12.000 (1,79%)	17.600 (2,43%)	15.000 (2,07%)
Förderung des kommunalen Engage- ments (Titel 685 71)	-	-	-	-	-	-	-	-	5.000 (0,69%)
Ziviler Friedensdienst (Titel 687 72)	14.520 (3,12%)	14.550 (3,04%)	17.050 (3,45%)	19.050 (3,56%)	30.000 (4,95%)	30.000 (4,49%)	29.000 (4,32%)	29.000 (4,00%)	29.000 (4,00%)
Förderung der Sozialstruktur (Titel 687 03)	29.650 (6,38%)	30.396 (6,35%)	31.020 (6,27%)	33.520 (6,26%)	39.130 (6,46%)	41.720 (6,17%)	44.131 (6,57%)	42.020 (5,79%)	42.020 (5,79%)
Politische Stiftungen (Titel 687 04)	181.180 (38,98%)	184.818 (38,61%)	189.566 (38,32%)	201.403 (37,64%)	216.339 (35,73%)	233.000 (34,85%)	233.000 (34,69%)	247.400 (34,10%)	247.400 (34,10%)
Vorhaben privater Träger (Titel 687 76)	29.000 (6,24%)	30.833 (6,44%)	34.430 (6,96%)	34.162 (6,38%)	38.611 (6,38%)	58.000 (8,68%)	58.000 (8,63%)	63.780 (8,79%)	61.380 (8,46%)
Entwicklungs- partnerschaft mit der Wirtschaft (Titel 687 11)	38.000 (8,17%)	38.000 (7,94%)	41.000 (8,29%)	43.000 (8,04%)	47.390 (7,83%)	60.000 (8,98%)	60.609 (9,02%)	79.800 (11,00%)	79.800 (11,00%)
Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (Titel 687 74)	-	-	-	11.870 (2,22%)	27.036 (4,46%)	29.000 (4,34%)	30.000 (4,47%)	30.000 (4,13%)	30.000 (4,13%)
Vorhaben der Kirchen (Titel 896 04)	162.135 (34,88%)	169.635 (35,44%)	170.634 (34,49%)	181.086 (33,84%)	192.000 (31,71%)	205.000 (30,66%)	205.000 (30,52%)	216.000 (29,77%)	216.000 (29,77%)
Gesamt	464.860	478.689	494.695	535.091	605.520	668.720	671.740	725.600	725.600
Anteil am BMZ-Haushalt	12,2 %	11,6 %	11,0 %	10,3 %	10,4 %	11,0 %	10,8 %	11,4 %	11,3 %

Quellen: Zahlen 2005–2011: Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 2011; Zahlen 2012–2013: BMF (2012): Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2013, Einzelplan 23. Berlin.

Akzentsetzungen in der deutschen Entwicklungspolitik 1991-2012

Tabelle 7

1991	Das BMZ führt fünf Kriterien für die Vergabe von EZ-Mitteln ein: Menschenrechte, Partizipation Rechtsstaatlichkeit, soziale und marktorientierte Wirtschaftsordnung, Entwicklungsorientierung der Regierung.
1992	Im Kontext der Rio-Konferenz wird Umweltschutz verstärkt Thema der EZ; Beiträge zur Global Environment Facility (GEF), Umwandlung von FZ-Schulden für Maßnahmen des Umweltschutzes.
1993	Verstärkte Hilfsmaßnahmen für Transformationsländer in Osteuropa.
1994/95	Kopenhagen-Prozess: Verhaltene Unterstützung für 20/20-Initiative; Armutsbekämpfung als zentrales Thema deutscher EZ bekräftigt. In Folge der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking wird „Gender Mainstreaming“ in der deutschen EZ als Prinzip verankert.
1996	Zögerliche Unterstützung für OECD/DAC-Ziele zur Armutsbekämpfung für 2015.
1998	Die ODA-Quote fällt auf 0,26% und damit auf den absoluten Tiefstand seit 1964 (1982 und 1983: 0,47%). Die neue rot-grüne Regierung will den Abwärtstrend umkehren. Sie will Entwicklungspolitik als „Globale Strukturpolitik“ betreiben. Das BMZ erhält Sitz und Stimme im Bundessicherheitsrat.
1999	BMZ setzt sich auf dem G-7-Gipfel mit Erfolg für die Entschuldung der ärmsten Länder ein. Frei werdende Mittel sollen der Armutsbekämpfung dienen. BMZ verstärkt Maßnahmen zur Krisenprävention.
2000	Einschnitte im BMZ-Haushalt. BMZ wählt erstmals „Schwerpunktpartnerländer“ und „Partnerländer“ aus.
2001	Aktionsprogramm 2015 zur Armutsbekämpfung wird vom BMZ vorbereitet und vom Kabinett verabschiedet. Armutsbekämpfung wird zur „überwölbenden Aufgabe deutscher Entwicklungspolitik“ erklärt. Nach dem 11. September erhält das BMZ die Verfügungsberechtigung über zusätzliche Mittel aus dem „Anti-Terror-Paket“ im Einzelplan 60.
2002	Die „Anti-Terror-Mittel“ werden für 2003 dem Einzelplan 23 zugeschlagen und führen trotz des ansonsten leicht gekürzten Ansatzes zu einer optischen Erhöhung des BMZ-Haushalts. Die Bundesregierung verpflichtet sich beim EU-Gipfel in Barcelona, die deutsche ODA-Quote bis 2006 auf mindestens 0,33 Prozent zu erhöhen.
2003	Der Sondertitel zum Aktionsprogramm 2015 wird im Haushaltsentwurf für 2004 aufgelöst und in die „Instrumententitel“ umgesetzt.
2004	BMZ und BMU veranstalten gemeinsam die Internationale Konferenz über erneuerbare Energien (Renewables 2004). BMZ kündigt Sonderfonds für erneuerbare Energien und Energieeffizienz an.
2005	Im Rahmen des Stufenplans der EU verpflichtet sich die Bundesregierung, die deutsche ODA bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen. In Folge der Tsunami-Katastrophe im indischen Ozean stellt die Bundesregierung zusätzliche 500 Mio. Euro für die Jahre 2005–2009 bereit.

>>>

>>>

- 2006 Deutsche ODA (2005) erreicht aufgrund der Anrechnungen von Schuldenerlassen für Irak und Nigeria neuen Höchststand von 9,9 Mrd. US-Dollar. BMZ startet nach Kritik im DAC-Prüfbericht für Deutschland Reform der staatlichen EZ-Institutionen.
-
- 2007 Im Zuge des G-8-Gipfels von Heiligendamm kündigt die Bundesregierung die Aufstockung der deutschen EZ-Mittel um 750 Millionen Euro an. Die Mittel sollen vor allem der Unterstützung Afrikas und der verstärkten Bekämpfung von HIV und AIDS dienen.
-
- 2008 Die Zahl der Partnerländer deutscher EZ wird auf 58 reduziert. Vor der Doha-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung erklärt das BMZ die Bekämpfung der Steuerflucht aus Entwicklungsländern zur politischen Priorität.
-
- 2009 Im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise plädiert die Bundesentwicklungsministerin als Mitglied der Stiglitz-Kommission für tiefgreifende Reformen der globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen. Mit dem Ende der Großen Koalition endet auch die Ära von Heidemarie Wieczorek-Zeul als Bundesentwicklungsministerin.
-
- 2010 Akzentverschiebung in der Entwicklungspolitik nach dem Regierungswechsel. Stärkere Betonung der Kooperation mit der Wirtschaft. Fusion von GTZ, InWEnt und DED zur neuen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wird vorbereitet.
-
- 2011 GIZ nimmt ihre Arbeit auf. BMZ feiert 50-jähriges Bestehen und präsentiert neues entwicklungspolitisches Konzept. Mehrheit der Bundestagsabgeordneten unterstützt „Entwicklungspolitischen Konsens“ zur Erreichung des 0,7-Prozentziels.
-
- 2012 Gründung von „Engagement Global“ als zentraler Anlaufstelle für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Verstärkte Nutzung der Mischfinanzierung („Blending“) in der EZ. Horst Köhler vertritt Deutschland im Post-2015-Panel der UN.
-

Stand: Oktober 2012

Tabelle 8

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von Länderprogrammen

Region	Kooperationsland
Asien	Afghanistan, Bangladesch, Indien, Indonesien, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Mongolei, Nepal, Pakistan, Tadschikistan, Usbekistan, Vietnam
Südosteuropa / Kaukasus	Albanien, Kosovo, Serbien, Ukraine
Lateinamerika und Karibik	Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Peru
Nordafrika / Naher Osten	Ägypten, Jemen, Palästinensische Gebiete,
Afrika	Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Burundi, Ghana, Kamerun, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Mali, Malawi, Marokko, Mauretanien, Mosambik, Namibia, Niger, Ruanda, Sambia, Südafrika, Südsudan, Tansania, Togo, Uganda

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen regionaler oder thematischer Programme

Region	Kooperationsland
Asien	Myanmar, Philippinen, Sri Lanka, Timor-Leste, länderübergreifende Zusammenarbeit Zentralasien (inkl. Kasachstan und Turkmenistan)
Südosteuropa / Kaukasus	Bosnien und Herzegowina, Kaukasus-Initiative (Armenien, Aserbaidshan, Georgien), Moldau
Lateinamerika und Karibik	Karibik-Programm (Dominikanische Republik, Haiti, Kuba), Costa Rica, El Salvador, Nicaragua, Paraguay
Nordafrika / Naher Osten	Jordanien, Syrien
Subsahara Afrika	Algerien, Programm „Fragile Staaten Westafrika“ (Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Liberia, Guinea), Madagaskar, Nigeria, Senegal, Tunesien

Quelle: www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/auswahlkriterien/index.html#t1

EZ-Zusagen bzw. Soll-Werte 2013

Land	Mio. €
1 Afghanistan ⁽¹⁾	240,0
2 Dem. Republik Kongo	67,0
3 Indien	60,5
4 Kenia**	59,5
5 Palästinensische Gebiete	55,0
6 Tansania**	48,5
7 Ägypten*	48,3
8 Uganda**	47,0
9 Pakistan*	46,75
10 Tunesien	45,0
11 Jemen*	39,5
12 Malawi*	38,5
13 Namibia*	38,5
14 Benin**	33,0
15 Vietnam*	31,6

Tabelle 9

Quellen: BMZ (2012): Vertrauliche Erläuterungen 2013 für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sowie die Finanzielle Zusammenarbeit mit Regionen. Bonn/Berlin; sowie die entsprechende Ausgabe für 2012.

* Zweijahreszusage (aufgelistet sind 50 Prozent der Zusage)

** Dreijahreszusage (aufgelistet ist ein Drittel der Zusage)

(1) Zusätzlich sind im Etat des Auswärtigen Amtes für 2013 180,7 Millionen Euro für Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan vorgesehen.

Woher kommt die deutsche ODA?

Tabelle 10

Herkunft der Mittel	2008		2009		2010	
	Millionen €	%	Millionen €	%	Millionen €	%
ODA insgesamt	9.692,9	100,0	8.674,1	100,0	9.803,9	100,0
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	5.217,9	53,8	5.537,8	63,8	5.862,5	59,8
Auswärtiges Amt (AA) (u.a. humanitäre Hilfe)	636,1	6,6	782,2	9,0	854,5	8,7
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	82,0	0,8	160,9	1,9	155,5	1,6
BM für Bildung und Forschung (BMBF)	58,8	0,6	73,3	0,8	78,9	0,8
Beauftragter der Bundesregierung f. Kultur und Medien	55,8	0,6	55,8	0,6	61,4	0,6
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)	25,6	0,3	25,8	0,3	25,6	0,3
BM für Gesundheit (BMG)	22,5	0,2	25,0	0,3	27,0	0,3
BM für Wirtschaft und Technologie (BMWi)	19,4	0,2	22,9	0,3	17,6	0,2
BM der Verteidigung (BMVG)	8,2	0,1	6,5	0,1	9,0	0,1
BM für Arbeit und Soziales (BMAS)	6,1	0,1	16,4	0,2	17,3	0,2
BM der Finanzen (BMF)	4,7	0,0*	4,7	0,1	5,2	0,1
BM des Innern (BMI)	4,6	0,0*	5,7	0,1	5,2	0,1
BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	2,9	0,0*	2,7	0,0*	2,7	0,0*
BM der Justiz (BMJ)	2,4	0,0*	2,5	0,0*	3,0	0,0*
BM für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)	0,4	0,0*	0,3	0,0*	0,2	0,0*
Deutscher Bundestag	0,1	0,0*	0,5	0,0*	0,5	0,0
ODA-anrechenbarer Anteil aus dem EU-Haushalt	1.201,9	12,4	1.271,3	14,7	1.335,5	13,6
Bundesländer (v.a. kalkulatorische Studienplatzkosten)	688,3	7,1	703,7	8,1	713,0	7,3
Bundesvermögen (Schuldenerlasse)	2.280,7	23,5	103,3	1,2	163,3	1,7
Marktmittel (Kredite zu Marktkonditionen)	331,9	3,4	527,3	6,1	1.154,9	11,8
Sonstige (u.a. DEG)	415,5	4,3	252,5	2,9	368,7	3,7
Tilgungen	-1.373,0	-14,2	-907,0	-10,5	-1.057,8	-10,8

Quelle: Bundeshaushaltspläne 2010 und 2011 und www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/Mittelherkunft_der_bi-_und_multilateralen_ODA_2009-2010.pdf.


Aktuellere Zahlen sind bis zum Redaktionsschluss nicht veröffentlicht worden.

*0,0 = 0 - 0,049

Die bisherigen Berichte und ihre Themenschwerpunkte

- | | |
|----------------------------------|---|
| 20. Bericht 2012 (Teil 1) | Wohin steuert die Entwicklungspolitik? Die Suche nach neuen Konzepten und Partnerschaften |
| 19. Bericht 2011 | Was wirkt wirklich?
Die Debatte über die Entwicklungswirkungen deutscher Politik |
| 18. Bericht 2010 | Profitable Partnerschaft? Entwicklungszusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft |
| 17. Bericht 2009 | Kurs auf Kopenhagen. Entwicklungspolitische Anforderungen an die deutsche Klimafinanzierung |
| 16. Bericht 2007/08 | Stärkung der öffentlichen Finanzen als Aufgabe deutscher Entwicklungspolitik |
| 15. Bericht 2006/07 | Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) |
| 14. Bericht 2005/06 | Budgetfinanzierung als Instrument der Armutsbekämpfung? |
| 13. Bericht 2004/05 | Die Folgen des Tsunami für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit |
| 12. Bericht 2003/04 | Die deutsche Antiterror- und Konfliktpolitik – Mit Soft-Power zu stabilem Frieden? |
| 11. Bericht 2002/03 | Die Aids-Problematik als Entwicklungshemmnis – Lösungsansätze und Initiativen |
| 10. Bericht 2001/02 | Die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) für Kinder |
| 9. Bericht 2000/01 | Perspektiven der Finanzierung nachhaltiger ländlicher Entwicklung |
| 8. Bericht 1999/2000 | Die Verschuldung der Dritten Welt – Welchen Beitrag leistet die HIPC-Initiative zur Bereinigung der Schuldenkrise und zur Armutsbekämpfung? |
| 7. Bericht 1998/99 | Hindernisse auf dem Weg zum Ziel „Bildung für alle“ |
| 6. Bericht 1997/98 | Zur Praxis der deutschen Entwicklungspolitik 1998 |
| 5. Bericht 1996/97 | Auswirkungen der deutschen und europäischen Subventionspolitik auf die Entwicklungsländer im Agrarsektor |
| 4. Bericht 1995/96 | Deutsche Begünstigung der Korruption beenden |
| 3. Bericht 1994/95 | Qualität und Rahmenbedingungen deutscher Entwicklungszusammenarbeit |
| 2. Bericht 1993/94 | Qualität der deutschen Entwicklungshilfe, Kohärenz der deutschen Süd-Politik |
| 1. Bericht 1992/93 | Kritische Bestandsaufnahme der deutschen Entwicklungspolitik |





Welthungerhilfe

Friedrich-Ebert-Straße 1

53172 Bonn

Tel.: 02 28 / 22 88-0

Fax: 02 28 / 22 88-333

E-Mail: info@welthungerhilfe.de

Internet: www.welthungerhilfe.de

terre des hommes Deutschland e.V.

Hilfe für Kinder in Not

Ruppenkampstraße 11 a

49084 Osnabrück

Tel.: 05 41 / 71 01-0

Fax: 05 41 / 70 72 33

E-Mail: info@tdh.de

Internet: www.tdh.de
